

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 Mk. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 Mk. einschließlich Postgebühren. Kundenbestellnummer 6-11 pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kopiergebühr für 40 Wörter, Reklamewerte 2- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ des eingedruckten Wort 25 Wörter (quadratisch angeordnet) jedes weitere Wort 25 Wörter, Steilgedruckte des ersten Wort 15 Wörter, jedes weitere Wort 10 Wörter, Wörter über 15 Buchstaben zahlen für zwei Wörter. Arbeitsmarkt Seite 60. Wöchentlich. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40. Wöchentlich. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 2, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Döblich 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskontogesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

## Zentrum bricht die Koalition.

### Am Vorabend der Sachverständigenkonferenz zieht das Zentrum seinen Minister zurück.

Reichsverkehrsminister von Guérard hat am Mittwoch nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstags seine Demission eingereicht. Das Reichskabinett wird sich am Donnerstagvormittag mit der neuen Lage beschäftigen. Vorher beabsichtigt der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht zu erstatten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Mittwochabend eine Sitzung ab, in der man sich mit der durch den Rücktritt des Ministers v. Guérard geschaffenen politischen Lage beschäftigte. In der Fraktion besteht Einmütigkeit darüber, daß aus dem Rücktritt des Ministers v. Guérard für das Kabinett keine Konsequenzen entstehen, und daß der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts im Amt bleiben.

Unter dem Titel „Verantwortungslos“ schreibt der „Soz. PresseDienst“:

Der intransigente Flügel des Zentrums mit dem verärgerten Siegerwald an der Spitze hat seinen Willen durchgesetzt. Am Mittwochabend ist Verkehrsminister v. Guérard aus dem Kabinett zurückgezogen worden. Am Dienstagabend war es dem Reichskanzler noch einmal gelungen, das Zentrum zu einer Teilnahme an neuen Verhandlungen zu bestimmen. Sie fanden am Mittwoch vormittag in der Reichskanzlei statt. Anwesend waren außer dem Reichskanzler die Minister von Guérard, Stresemann, Koch-Weser und Schäfer. Nach mehrstündiger Diskussion, an der übrigens der preussische Ministerpräsident Otto Braun nicht teilgenommen hat, einigte man sich darauf, den Fraktionen einen Vorschlag folgenden Inhalts zu unterbreiten: Das Reichsjustizministerium wird sofort mit einem Zentrumsmann besetzt. Ein drittes Portefeuille erhält das Zentrum, wenn die Umbildung des preussischen Kabinetts vollzogen ist. Der Reichsverkehrsminister v. Guérard hat sich, wie ausdrücklich hervorgehoben sei, die Vorschläge nicht unmittelbar zu eigen gemacht, sondern erklärt, daß seine Haltung von der Entscheidung seiner Fraktion abhängt.

Am Mittwoch nachmittag hat dann die Zentrumskfraktion einen Beschluß gefaßt, durch den die Brücke zu weiteren Unterhandlungen abgebrochen worden ist. In dem wichtigsten Abzweig dieses befristeten Ultimatums lehnt die Zentrumskfraktion des Reichstags die Gleichzeitigkeit der Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen ab. Es war vorauszu sehen, daß diese Zurückweisung des Anspruchs der Volkspartei Herrn Stresemann und seinen Freunden eine Zustimmung zu dem letzten Beschluß des Zentrums unmöglich machen würde.

Es ist notwendig, zum Verständnis der Situation an frühere Verhandlungen über die Koalitionsbildung zu erinnern. Ursprünglich stellte sich die Deutsche Volkspartei auf den Standpunkt, daß eine der Voraussetzungen für ihre Bereitwilligkeit zur Großen Koalition im Reich die Umbildung der Regierung in Preußen sei. Schon im November gelang es dem Reichskanzler Müller, Herrn Scholz zur Annahme einer Formel zu bewegen, nach der alle Vorbereitungen für die sogenannte Untermauerung des Reichskabinetts getroffen werden sollten, daß die Koalition aber erst perfekt oder „realisiert“ werde, wenn die Umgestaltung in Preußen erfolgt sei. In einer gemeinsamen Sitzung der an der Regierung beteiligten Parteien vom 27. November hat der Zentrumskredner dieser Formulierung nicht widersprochen, vielmehr zu verstehen gegeben, daß auch ihm die Errichtung der Großen Koalition in Preußen zweckmäßig erscheine. Wenn jetzt die Gleichzeitigkeit vom Zentrum abgelehnt wird, so liegt darin eine Abweichung zum mindesten von dem Sinne der damaligen Vereinbarungen. Diese Vereinbarungen mußten auf der anderen Seite auch den Reichskanzler Herrmann Müller verpflichten, ohne daß eine vorherige Verständigung mit der Volkspartei erzielt worden sei, einfach die beiden neuen Zentrumskminister zu ernennen.

Es ist sehr wohl möglich, daß in diesem Falle die Volkspartei nicht den Schritt getan hätte, zu dem sich das Zentrum entschlossen hat. Aber darauf konnte es nicht ankommen. Müller war nicht imstande, eine ohne Widerspruch der anderen Beteiligten gegebene Zusicherung zurückzuziehen.

Der Zentrumskbeschluß spricht von „zwingenden sachlichen Gründen“, die ihm jetzt die Anerkennung der Forderung der Gleichzeitigkeit unmöglich machen. Wir können nur vermuten, daß es diese Gründe in der Tatsache des unmittelbaren Bestehens der Sachverständigenverhandlungen sieht. Es ist wohl der Auffassung, daß die deutsche Vertreter in dem Reparationsausschuß eine starke, in sich gefestigte Regierung hinter sich haben müssen und es hat wahrscheinlich geglaubt, durch sein Vorgehen ihre Bildung zu

sichern und zu beschleunigen. Praktisch ist genau das Gegenteil erreicht. Das Zentrum hat sich aus dem Kabinett zurückgezogen. Die Unsicherheit des Bestandes der Regierung ist wenige Tage vor dem Beginn der für Deutschlands Zukunft so ungeheuer wichtigen Arbeit erhöht worden.

Wir nehmen an, daß der Rücktritt Guérards fürs erste keine Gesamtkrise heraufbeschwören wird. Aber das Zentrum, das sich schon bisher nicht als hundertprozentig gebunden betrachtete, hat nun vollständig freie Hand. Inwiefern dadurch die Aussichten für das Zustandekommen der Einigung im Reich und in Preußen gebessert sein sollen, bleibt das Rätsel des Zentrums. Für die nächsten Wochen scheinen sie uns jedenfalls nicht gegeben, und wie man schließlich über Etat und Steuern hinwegkommen soll, ist einwilligen zweifelhaft. Auf jeden Fall hat es das Zentrum in der Hand, das Kabinett Müller bei irgendeiner ihm günstig erscheinenden Gelegenheit zu stürzen. Trachtet es nach diesem Ziel oder welches sind die Ursachen seiner verantwortungslosen Handlungsweise?

## Das Ultimatum des Zentrums.

Die Zentrumskfraktion des Reichstages trat am Mittwoch nachmittag, nachdem der Fraktionsvorstand und der geschäftsführende Parteivorstand in mehrstündigen Besprechungen zu dem Vorschlag des Reichskanzlers Stellung genommen hatten, zu einer Sitzung zusammen. Nach eingehender Besprechung kam die Fraktion zu folgendem Ergebnis:

1. Der Vorschlag des Reichskanzlers Müller und der an der Besprechung mit ihm beteiligten Minister stellt eine Verschlechterung der früheren Vorschläge dar und ist für das Zentrum unannehmbar.
2. Eine Gleichzeitigkeit der Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen lehnt die Zentrumskfraktion des Reichstages im Augenblick aus zwingenden sachlichen Gründen ab. Die drei Minister, die das Zentrum im Reich für sich in Anspruch nimmt, sind umgehend zu bestellen.
3. Unter der Voraussetzung der Erfüllung des Punktes zwei ist der Parteivorstand, Abgeordneter Raas, bereit, die Zentrumskfraktion des Preussischen Landtages zu bitten, der Deutschen Volkspartei zwei Sitze im Kabinett zuzugestehen. Wenn diese Verhandlungen nicht noch am Mittwochabend bis zehn Uhr zum Erfolg führen, wird der Reichsverkehrsminister von Guérard von der Zentrumskfraktion aus der Reichsregierung zurückgezogen werden.

## Polen und die Rheinlandräumung.

### Unideutscher Sejmbeschluß gegen die Linke angenommen.

Warschau, 6. Februar. (Eigenbericht.)

Der Sejm hat heute den Antrag der Rechten, der die polnische Regierung auffordert, besondere Sicherheitsgarantien für den Fall der Räumung des Rheinlandes zu verlangen, mit den Stimmen der Rechten und des Regierungsblochs gegen die Stimmen der polnischen und deutschen Sozialisten und der anderen Linksparteien angenommen. Außenminister Jaleski hatte kurz vor der Abstimmung den Saal verlassen.

In der Debatte erklärte im Namen der sozialistischen Partei Abg. Czajinski, daß die polnischen Sozialisten ebenso wie die französischen Sozialisten die Räumung des Rheinlandes unbedingt fordern; er sprach sich gegen alle Maßnahmen aus, die eine Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland verursachen könnten. Vielmehr müßte Polen alles daran setzen, um die Annäherung zu Deutschland zu fördern, auch auf dem Wege der Handelsvertragsverhandlungen.

In der Auswärtigen Kommission erklärte heute der polnische Sozialist Dr. Liebermann: „Ich möchte, daß die deutschen Sozialisten wissen, daß es in Polen keinen einzigen Menschen auf verantwortungsvollem Posten gibt, der ernsthaft an den Krieg denken würde. Wenn ein solcher Mensch in Polen überhaupt existieren würde, so täten die polnischen Sozialisten alles, um ihn zu vernichten. Man hat in Polen versucht, die deutschen Sozialisten als Bundesgenossen des deutschen Nationalismus hinzustellen und ihnen Revanchebestrebungen unterzuschleiben. Das ist falsch. Die deutschen Sozialisten sind gegen den Bau des Panzerkreuzers gewesen und tragen auch keine Verantwortung für die Groenensche Denkschrift.“

Mündliche Beantwortung von kleinen Anfragen. Der Geschäftsführer des Reichstages beriet am Mittwoch über den Antrag des Freiherrn von Rheinbaben (Deutsche Volkspartei), die Wiedereinführung der sofortigen mündlichen Beantwortung von kleinen Anfragen auf die auswärtige Politik zu beschränken. Nach längerer Aussprache wurde gemeinsam von der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten ein neuer Antrag eingebracht, der die Möglichkeit sofortiger mündlicher Beantwortung von Anfragen auf allen Gebieten geben will. Die weitere Aussprache und die Abstimmung über den Antrag wurde vertagt.

## Der neue Reichshaushalt.

### Kann in ihm gespart werden?

Von Hugo Heilmann.

In seinen Darlegungen vor der Presse über die Gestaltung des neuen Reichshaushalts teilte Reichsfinanzminister Dr. Hüfner u. a. mit, daß die veranschlagten Reichsressorts bei der Aufstellung des Etats Mehranforderungen in Höhe von 850 Millionen Mark gestellt hätten, von denen einige nicht abzuweisen gewesen wären. Der neue Haushalt sieht demgegenüber nach den durch das Reichsfinanzministerium vorgenommenen Kürzungen ein Mehr von nur 341 Millionen Mark vor, unter denen sich eine Steigerung der Reparationslasten von allein 312 1/2 Millionen Mark befindet.

Das dadurch entstandene Defizit soll gedeckt werden durch neue Steuern, die teils die Massenbelastung, teils die Besitzsteuern erhöhen. Dazu kommen dann noch 120 Millionen, die von den Ueberweisungen an die Länder vorweg zugunsten des Reichs einbehalten werden sollen, und zwar 65 Millionen Mark aus der veranlagten Einkommensteuer, 12 Millionen Mark aus der Körperschaftsteuer und 43 Millionen Mark aus der Umsatzsteuer. Diese 120 Millionen Mark stellen für den Steuerzahler zunächst keine neue Belastung dar. Wenigstens so lange nicht, als die Länder und Gemeinden nicht gezwungen sind, den entstandenen Ausfall durch Heraussetzung der ihnen verbliebenen Steuern oder von Abgaben auszugleichen. Von den neuen Steuern soll die eine, die erhöhte Vermögenssteuer, nur im Rechnungsjahr 1929, die anderen dauernd erhoben werden. Es werden erwartet aus der erhöhten Vermögenssteuer für 1929 104 Millionen Mark, aus der Erbschaftsteuer 20 Millionen Mark und aus der Biersteuer 165 Millionen Mark. Aus dem Spiritusmonopol sollen dann noch 90 Millionen mehr herausgezogen werden.

Treffen die letzteren beiden Erhöhungen auch nicht Lebens-, sondern Genußmittel, so ist bei dem gegenwärtigen ungünstigen Verhältnis zwischen Besitz- und Massenbelastung dennoch das Verlangen weitester Kreise nach weiteren Einsparungen zur Herabdrückung der vorgesehenen Biersteuererhöhung nur zu verständlich.

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß für Einsparungen nicht der ganze Zehnmilliarden-Etat zur Verfügung steht. Der bei weitem größte Teil dieser 10 Milliarden Mark stellt vielmehr die materiellen Auswirkungen vom Reichstag beschlossener Besche dar und muß bis zu einer eventuellen Abänderung solcher Besche ungekürzt in den Reichshaushalt eingeleitet werden. Nur bei ungefähr dem zehnten Teil des Gesamthaushalts können bei der Beratung des Etats je nach der Finanzlage die Ansätze ohne vorherige Abänderung bestehender Besche erhöht oder herabgesetzt werden. Aber auch innerhalb dieses engen Rahmens müssen die Einzelhaushalte verschoben beurteilt und behandelt werden. Sicherlich werden bei allen Reichsressorts durch noch bessere Rationalisierung der Arbeit und Verteilung der Kräfte weitere Einsparungen möglich sein. Aber Einsparungen solcher Art werden sich von heute auf morgen nicht durchführen lassen.

Die Einsparungsmöglichkeiten werden auch verschieden ausfallen, je nach der Natur der Geschäfte des betreffenden Ressorts und der Art, wie mit den öffentlichen Geldern in der Vergangenheit gewirtschaftet wurde. So wird zum Beispiel bei der gegenwärtigen Lebenshaltung der übergroßen Mehrzahl des deutschen Volkes niemand Einsparungen beim Sozialetat des Reichsarbeitsministeriums erwarten oder verlangen können. Auch bei Ressorts, die, wie zum Beispiel das Reichsjustizministerium und das Reichswirtschaftsministerium ein eng umrissenes Arbeitsgebiet haben, werden Abstriche nicht in nennenswerter Höhe durchzuführen sein. Etwas anders sieht es schon mit den sogenannten „allgemeinen Bewilligungen“, die sich in zahlreichen Einzelhaushalten befinden, die der Vermarktung große Arbeitsfreizeiten geben und die der Reichstagsvor der Bewilligung daher recht genau prüfen muß.

Die größten Schwankungen bzw. Steigerungen weisen neben dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums, das durch die jeweilige Wirtschaftslage stark beeinflusst wird, und dem Auswärtigen Amt, die Haushalte des Reichs- und des Verkehrsministeriums auf. Im Nachfolgenden sind die Ausgaben der letzteren beiden Ressorts in den Jahren von 1924 bis 1929 zusammengefaßt. Da im Laufe der Jahre wiederholt Umgruppierungen von Titeln aus den einmaliösen in die fortwährenden Ausgaben und umgekehrt, ja selbst aus dem außerordentlichen in den ordentlichen Haushalt stattgefunden haben, sind alle Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts in einer Summe zusammengefaßt.

Der Haushalt des Reichsministeriums (Heer und Marine) betrug 1924: 458,5, in 1925: 587,5, in 1926: 646,2, in 1927: 705,8, in 1928: 726,4, in 1929: 703,7 Millionen Mark. Ist beim Wehretat wie bei allen anderen Etats ein



erheblicher Teil der Steigerungen auf Erhöhung der Materialpreise und der Gehälter und Löhne zurückzuführen, so ist der Haushalt des Reichsministeriums doch unzweifelhaft der in der Vergangenheit am reichsten dotierte, in dem hohe Beträge für Zwecke zur Verfügung standen, für die sie wahrlich nicht bestimmt waren. Ein Abbruch von einigen 20 Millionen Mark entspricht in keiner Weise dem, was die Eindämmung solcher Mißstände und die finanzielle Notlage Deutschlands erfordert. Wenn im Haushalt an mehreren Stellen daher ausgeführt wird, daß, nachdem in den Mehrausgaben ein gewisser Stillstand erreicht sei, eine namhafte Kürzung sich kaum mehr durchführen lassen, so werden die weitesten Volksteile, ganz abgesehen von ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Reichswehr und Marine, solcher Auffassung nicht beitreten können.

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums umfaßt neben den Ausgaben für die Wasserstraßen und für die angelegenen und daher fortzuführenden Kanalbauten u. a. auch die „Allgemeinen Bewilligungen auf dem Gebiete der Luftfahrt“. Die Entwicklung dieses Haushalts zeigt die folgende Zusammenstellung: 1924: 152, 1925: 203, 1926: 227,7, 1927: 251,7, 1928: 224,6, 1929: 260,7 Millionen Mark. Seit Jahren ist in diesen Spalten darauf hingewiesen worden, daß der die Luftfahrtabteilung betreffende Teil des Haushalts noch undurchsichtiger ist als selbst der Behretat. Hinter diesem dichten Schleier und getragen von dem Enthusiasmus, den die Bezwingung der Luft im deutschen Volk und nicht zum mindesten im Reichstag hervorgerufen hatte, konnten die Herren der Luftfahrtabteilung über die ihnen zu Subventionszwecken bewilligten außerordentlich hohen Beträge so unumschränkt verfügen, wie wohl keine andere Abteilung in der ganzen Reichsverwaltung.

Die Sozialdemokratie versuchte im vorigen Jahre durch eine große Zahl spezifizierter Anträge das Dunkel aufzuheben, das über der Verteilung der hohen Subventionsfonds schwebte. Die Anträge wurden nicht weiter verfolgt, nachdem es unter Zustimmung des früheren Reichsverkehrsministers Dr. Koch gelungen war, im Haushaltsausschuß zwei Entschlüsse zum Annahme zu bringen, in denen das Reichsverkehrsministerium erlucht wurde, regelmäßig vierteljährlich dem Haushaltsausschuß Nachweisungen über die ausgegebenen Beträge und die Art ihrer Verteilung vorzulegen.

Auf diese Entschlüsse hat das Reichsverkehrsministerium bisher nicht reagiert, was noch näherer Aufklärung bedarf. Dafür ist aber im neuen Haushalt wohl durch das Eingreifen des Reichsverkehrsministers v. Guérard Anordnung und Inhalt der einzelnen Titel in durchgreifender Weise umgestaltet worden, so durchgreifend, daß ein Vergleich mit den Anfängen der Vorjahre nur mit erheblicher Mühe durchzuführen ist. Es sind nicht nur Kapitel und Titel zerlegt und von den einmaligen Ausgaben in die fortwährenden geschoben worden und umgekehrt, sondern es wurden auch an sehr zahlreichen Stellen Teilbeträge von Titeln zugeschlagen. Der Nachteil der erschweren Vergleichbarkeit wird so aufgewogen durch den Vorteil, daß die Unterrichtung des Reichstags darüber, wie die hohen Subventionsfonds verwendet werden, in Zukunft von vornherein erleichtert ist, ohne daß dadurch die im Vorjahr verlangten viertel- oder halbjährlichen Nachweisungen der tatsächlich gewährten Subventionen überflüssig würden.

Die Ausgaben für die Luftfahrtabteilung betrug im Vorjahre 52,5 in 1929 54,6 Millionen Mark. Sie ist also um 2,1 Millionen Mark gestiegen. Durch die im Vorjahre erfolgte Fertigstellung des Zeppelin-Luftschiffes sind die dafür in 1928 angelegten 700 000 M. in 1929 in Fortfall gekommen. Dafür sind neu eingelegt: 4 Millionen Mark für Verleagu und Ausbau der Versuchsanstalt für Luftfahrt und 4,5 Millionen Mark als Beitrag zur Luftschiffhalle und für Versuchsfahrten mit dem neuen Zeppelin-Luftschiff. In die Subvention an die Luftkammer, die zum größten Teil in bar, zu einem Teil aber auch in Maschinen gewährt wird, ist ein Betrag von 550 000 M. für transoceanische und transkontinentale Aufgaben eingelegt. Im ganzen aber ist die Subventionsumme um 3,2 Millionen Mark gestiegen.

Der obige kurze Ueberblick über die geplanten Deckungsmöglichkeiten für den neuen Reichshaushalt und die vorhandenen Einsparungsmöglichkeiten zeigt, welche Schwierigkeiten selbst auf der Grundlage der Vorschläge die Verabschiedung des neuen Etats hervorgerufen wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird bei den kommenden Beratungen allen Versuchen, die Deckung ungunstiger der werktätigen Bevölkerung zu verschieben, stärksten Widerstand entgegenzusetzen müssen. Einsparungen werden beim Behretat und bei allen nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zu erfolgen haben.

## Der Kriegsschuldengespalt angenommen.

### Gegen Deutschnationalisten und Sowjetfreunde.

Der Reichstag hat gestern in namentlicher Abstimmung den Kellogg-Pakt zur Achtung des Krieges mit 287 gegen 127 Stimmen angenommen.

Mit den Kommunisten hat auch die deutsche nationale Reichstagsfraktion am Mittwoch der Ratifizierung des Kellogg-Pakts ihre Zustimmung versagt. Ihr Redner begründete die Ablehnung, zu der man sich, wie wir wissen, erst nach einigen inneren Auseinandersetzungen und wahrscheinlich unter dem Druck des Herrn Hugenberg entschlossen hat, damit, daß eine von der Fraktion eingebrachte Entschließung keine Annahme gefunden habe. Die Entschließung verlangte, kurz gefaßt, von der Reichsregierung, daß sie gleichzeitig mit der Ratifizierung für die Revision des Versailler Vertrages eintrete, da die Behauptung von der Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten (mohlgemerkt nicht der Wehrschuld) hinlänglich gemindert sei.

Nun hat der deutsche Reichsminister des Auswärtigen am 27. April 1928 in den amerikanischen Botschafter in Berlin eine Note gerichtet, in der es wörtlich heißt:

„Die deutsche Regierung begrüßt die Eröffnung von Verhandlungen über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Achtung des Krieges auf das wärmste. Die beiden großen Gedanken, die der Initiative des französischen Herrn Außenministers und dem aus ihr hervorgegangenen Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten zugrunde liegen, entsprechen vollkommen den Grundgedanken der deutschen Politik. Deutschland hat kein höheres Interesse, als die Möglichkeit kriegerischer Konflikte ausgeschlossen und im Leben der Völker eine Entwicklung herbeizuführen, die den friedlichen Ausgleich aller Gegensätze zwischen den Staaten gewährleistet. Der Abschluß eines Paktes, wie

# Ein Systemwechsel und doch keiner

## Der Kampf um die Amnestie in Rumänien.

Die rumänische „Bauernregierung“ Maniu hat eine Amnestie versprochen. Das Interesse aller demokratisch Gesinnten in anderen Ländern für das Schicksal der Unglücklichen in den rumänischen Kerker tritt in der überaus großen Anzahl von Zuschriften und Telegrammen zutage, die beim Regimentsrat einlangen und die Befreiung der politischen Gefangenen, die Freilassung Bujors und anderer Opfer der Diktatur verlangen. Schriftsteller und Gelehrte, Künstler und Politiker Westeuropas, darunter Thomas und Heinrich Mann, Helene Stöcker, S. Michaelis, Käthe Kollwitz, Albert Einstein, Prof. Freud u. a. m. haben diese Zuschriften gezeichnet. Eine Anzahl deutscher Sozialdemokraten richtete ebenfalls an den Ministerpräsidenten Maniu ein Telegramm, in welchem sie die Durchführung der versprochenen Amnestie verlangten.

Die Regierung scheint jetzt aber der Ansicht zu sein, daß die Amnestie „die Sicherheit des Staates“ erschüttern könnte.

Gegen sämtliche Redner einer vom Institutkomitee für die Erlangung einer allgemeinen Amnestie einberufenen Versammlung in Rishton wurde auf Grund eines Beschlusses der berühmtesten Siguranza die Strafverfolgung wegen Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates eingeleitet.

Abg. Genosse Dr. Biskiner forderte in einem Czernowitzer Meeting die vollständige Auflösung der Siguranza, die Einführung einer modernen Polizei und die Erfüllung der Versprechungen der neuen Regierung.

### Eine „irrtümlich“ Amnestierte.

Im Jahre 1922 ist in Bessarabien die 16jährige Schülerin Mania Ehrlich wegen Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates zu 10 Jahren Kerker verurteilt worden. 6 Jahre davon hat sie im Frauengefängnis Miesla bereits verbüßt. Vor kurzem wurde sie freigelassen, weil sie begnadigt sei. Sie kam in ihr Heimatdorf in Bessarabien, wurde aber schon am nächsten Tage von der Gendarmrie wieder verhaftet und nach

Miesla zurückgebracht. Sie war nämlich „irrtümlich“ auf die Liste der Begnadigten gesetzt worden, während ihre Strafe in Wirklichkeit nur um zwei Jahre herabgesetzt ist. Das „Verbrechen“ der Mania Ehrlich hat seinerzeit in nichts anderem bestanden, als daß sie kommunistische Plakate trug.

### Belagerungszustand in Bessarabien!

Der Armeekommandant von Jassy, General Sabit, hat einen Tagesbefehl über die Wiedereinführung des Belagerungszustandes in den bessarabischen und bukowinischen Grenzgebieten in einer Zone von 20 Kilometern erlassen. Nach den früheren Mitteilungen der Regierung sollte nur ein Ueberwachungsregime in einer Zone von 10 Kilometern bestehen. Die Einspreß, sowie die Regierungsblätter protestieren gegen diese Maßnahme der Heeresleitung und vermuten, daß sie ohne Kenntnis der Regierung, auf Betreiben „liberaler“ Politiker verfügt wurde; andernfalls würde ein trauriger Vorbruch der Regierung vorliegen. In der Kammer Sitzung vom 20. Januar interpellierte der sozialdemokratische Abg. Komulus Dan in dieser Angelegenheit und stellte die Forderung nach völliger Abschaffung des Belagerungszustandes auch in der Grenzzone. Der Kriegsminister antwortete unbestimmt und ausweichend!

Einer der Forderungen der rumänischen Sozialdemokratie an die neue Regierung soll nun doch entsprochen werden. Wie aus einer Erklärung des Kriegsministers General Cihosti hervorgeht, hat die Regierung eine Ueberprüfung der bei den Kriegsgerichten anhängigen politischen Prozesse in Aussicht genommen. Nach amtlichen Feststellungen sind gegenwärtig

gegen 4000 politische Kriegsgerichtsprozesse in Schwere.

Kriegsminister Cihosti hat angeordnet, daß alle politischen Prozesse genau überprüft und, wo keine Grundlage zur Anklage vorhanden ist, das Verfahren eingestellt werde.

## Ade, bayerische Titel!

### Die Reichsregierung für Beobachtung der Verfassung.

Nach halbamtlicher Meldung hat der Reichsminister des Innern auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag gestellt zu entscheiden:

Die Verleihung von Ehrentiteln, wie sie die bayerische Staatsregierung seit Jahren zur Auszeichnung beamteter und nichtbeamteter Personen vornimmt, ist mit dem Art. 103 Absatz 4 der Reichsverfassung nicht vereinbar.

Kritik 103 Absatz 4 der Reichsverfassung lautet:

Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.

Zu den bayerischen Ständeeigenheiten zählt bekanntlich die Nichtbeachtung der Reichsverfassung und der Reichsgesetze, wo diese der herrschenden Reaktion nicht in den Kram passen. Trotz des unzweideutigen und zwingenden Inhalts der Reichsverfassung war die bayerische Regierung schon im Jahre 1925 dazu übergegangen, munter Titel zu verleihen, und sie hatte auf diesem Gebiet eine Erlaubnisgabe entwickelt, die eines besseren Gegenstandes würdig gewesen wäre. Apotheker wurden zu „Pharmazieräten“, Architekten zu „Landesbauräten“, Ingenieure zu „Technischen Gewerberäten“, Versicherungsangestellte zu „Versicherungsräten“, und sogar für Arbeiter waren „Arbeitsräte“ erfunden worden. Freilich mangelte es für den letzteren Titel an Empfangslustigen, selbst christliche Gewerkschaftssekretäre, denen zu Weihnachten 1925 die „Erhebung“ zu Arbeitsräten angeboten wurde, warfen der bayerischen Regierung den tündischen Betitel vor die Füße.

Einem titelgierigen Spießhütten war natürlich eine große Freude bereitet, denn nichts tröstet die Witwe eines Münchener Bierphilisters mehr in ihrem Wittventimmer, als wenn sie in der Todesanzeige mit einem möglichst langen und hochtrabenden Titel als „Technische Gewerberatengattin“ oder „Pharmazieratswittwe“ paradiert. Schließlich aber ist der Staat zu Befriedigungen kümmerlichen Ehrgeizes und philliströser Eitelkeit nicht da, und vor allem kann es nicht geduldet werden, daß sich ein Land, das für sich den Titel einer „Ordnungsgemeinschaft“ in Anspruch nimmt, sich einfach über die Reichsverfassung hinwegsetzt.

Wir begrüßen das Vorgehen der Reichsregierung und möchten den bayerischen Ministern nur raten, ihren Schmerz diesmal etwas würdevoller zu stillen, als das letzthin gegenüber Preußen geschehen ist. Sonst muß man am Ende nachher wieder Abbitte leisten. ....

## Hugenberg's Flugplatz.

### Ganz wie bei den Kommunisten.

Hamburg, 6. Februar.

In einer längeren Zuschrift des Landesverbandes der Deutschen nationalen Volkspartei wird festgestellt, daß die Zugehörigkeit zu einem der sogenannten deutschnationalen Vereine nach der eindeutigen Stellungnahme des Parteivorstandes Hugenberg völlig unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu der Partei ist. Der Landesverband Hamburg habe sich daher in der Sitzung vom 4. Februar gezwungen gesehen, den Senatspräsidenten Dr. Hermann v. Dassel und das Parteimitglied Emil Rastie aus der Partei auszuschließen!

## Poincaré hätte schweigen sollen.

### Blum stellt Locarno-Vertragstreue Deutschlands fest.

Paris, 6. Februar. (Eigenbericht.)

Unter der Ueberschrift „Schweigen ist Gold“ schreibt Léon Blum in „Populaire“: Poincaré hätte besser getan, seine Ziffernangabe auf ihre Wahrheit zu prüfen, anstatt sich einen billigen Sensationserfolg zu verschaffen. Wenn Poincaré schon den Beweis in der Hand zu haben glaubt, daß die Autonomisten von Deutschland Geld erhalten hätten, dann habe er die zwingende Pflicht, diese Beweise offen auf den Tisch zu legen. Es sei aber unklar und unüberlegt, auf die Reichsregierung einen so schweren Verdacht zu werfen. Léon Blum stellt fest, daß Deutschland keineswegs eine separatistische Bewegung im Elsass direkt oder indirekt begünstigt und damit den Verzicht auf Elsass-Lothringen verletzt.

ihn die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt im Zuge hat, würde die Völker der Erreichung dieses Zieles sicherlich um ein weites Stück näherbringen.“

Mit der Erklärung der Bereitwilligkeit, einen Pakt nach den amerikanischen Vorschlägen abzuschließen, verband die Rote die bestimmte Erwartung, daß sein Zustandekommen nicht verfehlt werde, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. Irgendwelche Voraussetzungen für die deutsche Unterschrift wurden aber nicht aufgestellt. Als die Rote abging, sahen die Deutschnationalen noch im Kabinett! Ohne allen Zweifel hat dieses Kabinett dem Text ausdrücklich zugestimmt. Jetzt, wo sie sich nicht mehr in der Regierung befinden, lehnen sie einen Pakt, den sie vor dreizehn Jahren aufs wärmste begrüßten und der, wie sie damals feststellten, den Grundgedanken der deutschen Politik vollkommen entspricht, rundweg ab. Das nennen sie dann „grundfähliche Opposition“. Aber welches sind denn nun eigentlich die deutschnationalen Grundgedänge?

## Preußen gegen Prenzlau.

### Der Preussische Richterverein zum Fall Düsterberg-Prenzlau

Der Preussische Richterverein teilt mit:

Nach dem Gesetz zum Schutz der Republik ist zu bestrafen, wer öffentlich die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches beschimpft. Im Fall Düsterberg sagte der Angeklagte in öffentlicher Versammlung: „Wir wollen diesen Staat, der aus Betrug und Reuterei geboren ist, wieder erobern, um einen Staat auf völkischer Grundlage herzustellen.“ In dieser Äußerung haben die Gerichte in Prenzlau keinen Angriff auf unsere Staatsform im Sinne des Republiksschutzgesetzes erblickt und daher die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Angeklagten abgelehnt. Daraufhin ist verschiedentlich in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben worden, die beteiligten Richter hätten sich bei der Befreiung von politischen Anschuldigungen nicht freimachen können. Der Preussische Richterverein hat als Standesvertretung durch seine bekannte Kommission die Angelegenheit prüfen lassen, findet aber keinen Anlaß, den Vorwurf zurückzuweisen und für die angegriffenen Richter einzutreten.“

In Gollnow ist der bekannte völkische Agitator Stadler freigesprochen worden, trotzdem er die Deutsche Republik mit einer Kuhflade verglichen hatte, dessen Kruste sich zwar gekühlt habe, innen jedoch weiter Wirt sei. Der Preussische Richterverein hat, wie er mittels, sofort seine Kommission zur Nachprüfung richterlicher Entscheidungen (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Weigert, Berlin) ersucht, die zur Aufklärung und Feststellung des Sachverhalts erforderlichen Ermittlungen anzustellen. Nach Prüfung des Ergebnisses wird der Richterverein auch zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

## Romödie im Strafrechtsausschuß.

### Hanemann am Strid Hugenberg's.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstags führten die Deutschnationalen am Dienstag zu Beginn der Beratungen die gleiche Romödie auf, die Graf Westarp am Tage zuvor im Plenum vorgetragen hatte. Der Abg. Hanemann beantragte, mit Rücksicht auf die Erregung, die im ganzen Lande wegen der Broschüre „Sozialdemokratie und Wehrproblem“ vorhanden ist, sofort nach Abschluß des gegenwärtigen Kapitels den Abschritt über Landesverrat zu beraten.

Abg. Landsberg erwiderte, daß die Erregung wohl nur in der deutschnationalen Pressestelle vorhanden sei, daß aber die Sozialdemokratie sich nie einer sofortigen Beratung der Landesverratsparagrafen widersetzt habe, sondern im Gegenteil auf beschleunigte Beratung gedrängt habe. — Abg. Frau Büßel (Soz.) wies darauf hin, daß es die Schuld des früheren deutschnationalen Justizministers Hergt gewesen sei, wenn in der letzten Legislaturperiode des alten Reichstags die Landesverratsparagrafen nicht beraten werden konnten, weil Hergt trotz häufiger Anforderung durch den Berichterstatter das erforderliche Material nicht geliefert habe. — Der Antrag auf baldige Beratung des Abschchnittes über Landesverrat wurde schließlich mit den Stimmen der Sozialdemokratie angenommen.



# Der bayerische Löwe.



Nachdem er gebrüllt hat, gibt er Pfötchen. Aber der dahinter steckt, sagt nachher: „Ich bins nicht gewesen!“

## Deutschland ratifiziert Kelloggpaakt Mit großer Mehrheit vom Reichstag beschlossen

Am Reichstag hielt am Beginn der Mittwochsitzung

### Präsident Löbe

folgende Ansprache: Heute vor zehn Jahren ist in Weimar die deutsche Nationalversammlung eröffnet worden. Durch ihre Einberufung und Zusammenfassung hat sie dem deutschen Staate eine neue staatliche Gestaltung, die demokratische und republikanische Staatsform gegeben. (Zwischenrufe rechts und bei den Kommunisten.) Die Frauen und Männer, die damals in Weimar versammelt waren, haben gewußt, daß die Folgen des Krieges, der Niederlage und des Zusammenbruchs die Existenz unseres Volkes aufs tiefste gefährden würden. Trotzdem haben sie sich sofort an die Arbeit gemacht, um die damals stark gefährdete deutsche Einheit zu retten. Sie haben dem Reich

### Die neue freiheitliche Verfassung

gegeben und die Ueberwindung der Blockade und vieler anderer Schwierigkeiten ermöglicht und die Aufgabe der Konsolidierung der deutschen Wirtschaft übernommen. Wir sehen, abgesehen von dem, daß diese schweren Schäden noch nicht überwunden sind, diese schwere Arbeit fort in der Gemüths- und Jüngerzeit, daß das deutsche Volk, politisch reif geworden, gewillt ist, sein Schicksal in der eigenen Hand zu gestalten und unser Land der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit zuzuführen.

Während der Ansprache hatten sich die meisten Mitglieder der hinter der Regierung stehenden Parteien von den Sitzen erhoben. Von der Rechten und von den Kommunisten wurde der Präsident wiederholt durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen. Am Schluß der Ansprache kamen Beifallsbekundungen von der Mehrheit, während ein Kommunist rief: „Hier werden wohl Karnevalsreden gehalten!“ Andere Kommunisten schleuderten Schimpfswörter in den Saal.

Präsident Löbe (zu den Kommunisten): Ich weiß, daß in diesem Saale Damen und Herren vorhanden sind, die die Anschauungen der Mehrheit nicht teilen. Ich will hier nicht polemisieren, aber ich möchte doch auf folgendes hinweisen: Wäre der staatliche Wille der Herren von rechts durchgeführt worden, dann hätte man Sie (zu den Kommunisten) an die Wand gestellt. Wäre Ihr staatlicher Wille durchgeführt worden, dann hätten Sie die Herren von rechts an die Wand gestellt. Die Demokratie hat Ihnen und den anderen erst die staatsbürgerlichen Rechte gegeben. Vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trotski das freiheitliche Äußere zu geben. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die

### Entlastung des Reichsgerichts

durch gewisse Beschränkungen der Revisionsmöglichkeit im Zivilprozeß. Nach der Ausschussfassung des Gesetzes kann das Reichsgericht, auch ohne daß ein Einverständnis der Parteien vorliegt, ohne mündliche Verhandlung entscheiden, wenn nach Lage der Sache eine weitere Klärung durch die mündliche Verhandlung nicht zu erwarten steht. Will das Reichsgericht von dieser Befugnis Gebrauch machen, so hat es den Parteien Gelegenheit zur schriftlichen Äußerung zu geben. Dies wird beschloffen, obwohl Reichsjustizminister Koch diese Fassung als unzureichend erklärt.

### Der Kellogg-Pakt.

Abg. Dr. Hoehlich (Dnat.) berichtet über die Ausschussberatungen. Abg. v. Rheinbaben (D. Sp.): Starke Bedenken hat es erzeugt, daß England und Frankreich gleichzeitig mit der Vorbereitung der Kriegsgesetze ein Seerüstungsabkommen geplant und entworfen hätten. Das war nicht die richtige Stimmung. Es muß mehr Aufmerksamkeit in die internationalen Beziehungen einziehen. Die Kommunisten reden gegen Rüstungen, predigen aber immer wieder Gewaltanwendungen gegen die eigenen Volksgenossen. Es bestehen

viele Ähnlichkeiten zwischen den Amerikanern und uns;

wir begrüßen die stark vorgeschrittene Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wenn der Kellogg-Pakt nicht zur allgemeinen Abrüstung führt, wird er eine leere Geste bleiben. Das deutsche Volk ist nicht geneigt, dem Versailler Frieden mit seinen Ungerechtigkeiten als Regelung für ewige Zeiten anzuerkennen.

### Abg. Dr. Breiffeld (Soz.):

Stellen wir uns vor, daß etwa vor 25 Jahren, zur Zeit der Haager Friedenskonferenz, ein Mann angekündigt hätte, im Jahre 1929 würde der Deutsche Reichstag einen internationalen Vertrag ratifizieren, der den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle neuzeitlich, auf ihn als Wertmaß der Politik verachtet und alle Vertragsstaaten verpflichtet, jeden Konflikt nur durch friedliche Mittel zu lösen. Einen solchen Propheten hätten im damaligen Deutschland die einen als Narren bezeichnet, der für das Irrenhaus reif sei, weil er an der Beilegung des Krieges, dieses Bestandes der göttlichen Weltordnung mitarbeiten wolle und an die Möglichkeit des Erfolges glaube; andere würden einen solchen Propheten des Landesverrats bezichtigt haben, da er eine Idee propagiere, durch deren Verwirklichung das Recht der Regierung, Krieg zu erklären, beschränkt oder eingeschränkt würde. Wieder

andere würden angenommen haben, daß der Tag, an dem ein solcher Vertrag ratifiziert werde, von der Menschheit als ein freudvolles Ereignis gefeiert werden würde, da er sie von dem ungeheuren Druck der Kriegsgelahr befreie. Heute wird der Kellogg-Pakt mit fühler Geschäftsmäßigkeit behandelt, bei uns und mehr oder weniger auch in den anderen Parlamenten. Warum? Einmal, weil zu den Vorkämpfern der Ueberzeugung von ebendem in Deutschland Vorkämpfer aus Zwang gekommen sind, die sich für die friedliche Regelung von Streitfragen erklären, weil sie wissen, daß andere Mittel dem deutschen Volk nicht zur Verfügung stehen. Das Kriegsverbündnisrecht, zu dem auch dieser Pakt gehört, hat seit Abschluß des Weltkrieges eine Reihe nicht zu unterschätzender Fortschritte gemacht; wir haben das Statut des Völkerbundes, wir haben die Schiedsgerichtsverträge die neuerdings auch Ausland abschließt, wir haben die Verträge von Locarno. Schon 1927 hat die Völkerversammlung des Völkerbundes einen Beschluß gefaßt, wonach jeder Angriffskrieg verboten ist und alle friedlichen Mittel bei Streitigkeiten jeder Art zwischen den Staaten angewendet werden müssen. (Ein Kommunist stellt mit großem Krach eine ausgewachsene Granate auf den Tisch des Hauses, auch ein Pistol wird dazu gelegt — Präsident Löbe: Auf den Tisch des Hauses dürfen Gegenstände nur mit Zustimmung des Präsidenten gelegt werden, ich beauftrage die Diener, die Gegenstände wegzunehmen.) Ich habe natürlich keine Verantwortung auf diese Ausstellung der Kommunisten einzugehen. Wenn die Kommunisten hier auftreten und von den Geschäften anderer Staaten reden, werden sie sich schon gefallen lassen müssen, daß auch auf die russische Armee hingewiesen wird. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Der Kellogg-Pakt geht formal weiter, als der Beschluß der Völkerbundesversammlung, da er nicht eine einfache Erklärung darstellt, sondern von allen Staaten ratifiziert werden soll, was von der großen Mehrheit aller Staaten bereits geschehen ist oder in nächster Zeit geschehen wird. Auch inhaltlich scheint der Kellogg-Pakt weiterzugehen, da er ganz allgemein von der Verurteilung des Krieges spricht. In seiner Auslegung müßten wir die Noten heranziehen, die vor der Unterzeichnung in Paris zwischen den einzelnen Staaten gewechselt worden sind. Daraus geht hervor, daß die Verurteilung, wie sie im Text ausgesprochen ist, sich nicht nur etwa auf den Krieg ganz allgemein bezieht, sondern daß dem Verteidigungskrieg, dem Recht der nationalen Selbstverwehrtung auch nach diesem Vertrag volle Freiheit gelassen wird.

Die Staatsmänner und Regierungen, besonders in den Siegerstaaten des Weltkrieges, sind zurzeit auf einem Wege, der zwischen zwei Prinzipien hindurchführt, nämlich der Kriegsgefahr durch Rüstungen vorzubeugen, oder ihr durch bindende Abmachungen zu entgehen. Wenn der Kellogg-Pakt einen Sinn hat, so meiner Meinung nach nur den, der Bewegung gegen die Rüstungen, für die Abrüstung neue Impulse zu geben. Wie stimmen auch für den Antrag des Ausschusses (der bereits veröffentlicht ist. Ann. d. Red.) und sind überzeugt, daß die Reichsregierung ihn benutzen wird, um den anderen Regierungen aufs neue zu sagen: Was nützen uns alle derartigen Verträge und Versicherungen, wenn die praktischen Konsequenzen nicht gezogen werden, sowohl für die Abrüstung wie für die Räumung des Rheinlandes u. a. m. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Kommunisten sagen, dieser Kellogg-Pakt sei nur ein großes Stück Heuchelei, Deutschland sei im Begriff, sich mit den Weltmächten zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Sowjetrußland zusammenzuschließen.

### Die Sowjetregierung dagegen schätzt den Kellogg-Pakt sehr hoch.

Die Sowjetregierung dagegen schätzt den Kellogg-Pakt sehr hoch. Sie hat stark auf Polen gedrückt, daß Polen gleichzeitig mit Rußland den Kellogg-Pakt ratifiziere, und morgen soll diese Ratifizierung durch Polen, Rußland, Rumänien und Estland erfolgen. Wenn das alles Heuchelei ist, dann macht sich die Sowjetregierung dieser Heuchelei in großem Maße schuldig. (Sehr richtig!) Die Kommunisten sagen, den wahren Frieden gebe es nicht im kapitalistischen Staat (Zuruf: Das haben Sie früher selbst gesagt!), das sagen wir auch jetzt, aber sollen wir in der Zwischenzeit alle Friedensmöglichkeiten verflümmern lassen? Die Sowjetregierung scheint doch etwas geistreicher zu sein, als die Kommunisten hier. (Lachen bei den Kommunisten.) Durch Ihr Votum beweisen Sie nur Ihre Unsicherheit. (Sehr laut links.) Wir wissen, daß die verschiedenen Regierungen nicht plötzlich sich zu Crispazifisten bekehrt haben, wohl aber zu der Erkenntnis, daß der Krieg heute für niemanden ein Geschäft ist, und daß durch den Krieg die Ziele der Politik nicht zu erreichen sind. Da Sie (zu den Kommunisten) immer wieder behaupten, Deutschland nehme an der Einziehung Sowjetrußlands teil, so will ich Sie aufmerksam machen auf die Ansprache, in der der Vorsitzende des Zentralvollkommensausschusses der Sowjetunion, Herr Kollin, am 9. Januar dem neuen deutschen Botschafter gegenüber mit begeisterten Worten die überaus enge Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der deutschen Republik gepriesen hat, die seit dem Vertrag von Rapallo immer weiter gewachsen sei. (Lachen der Kommunisten.) Sehen Sie sich doch mit Ihrem Freund Kollin auseinander!

Wir stimmen aus den angegebenen Gründen der Ratifizierung des Kellogg-Paktes zu. Wir lehnen die deutschnationale Resolution

ab, weil sie die Ratifizierung mit Dingen befrachten will, deren Verbindung damit unzumutbar ist. Wir leben in dem Kellogg-Pakt nicht den Anbruch des ewigen Friedens, wohl aber ein Instrument, das der Bewegung zur wahren Befriedung der Welt neue Impulse geben wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Resolution Westarp (Dnat.) will die Reichsregierung erlauben, zugleich mit der Bekanntgabe der Ratifikation des Kellogg-Paktes den Siegermächten folgendes mitzuteilen:

Deutschland hat den Kellogg-Pakt angenommen, weil es das allgemeine Friedenswerk fördern und seine Sympathie mit der auf das gleiche Ziel gerichteten Politik der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringen wollte. Es hält es jedoch für seine Pflicht, zu betonen, daß der Friede nicht als gewährleistet angesehen werden kann, solange die allgemeine Abrüstung nicht durchgeführt und solange nicht durch Ausbau des Artikels 19 der Völkerbundescharta oder auf anderem Wege eine Möglichkeit geschaffen ist, die Friedensverträge von 1919 gemäß den Forderungen der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung zu revidieren. Eine solche Revision erscheint nach der Ueberzeugung Deutschlands um so unabweislicher, als zwischen der These von der Kriegsschuld Deutschlands, auf der die Friedensverträge aufgebaut sind, hinsichtlich geworden ist.

Abg. Stöcker (Komm.): Unsere Granate ist uns von christlichen Arbeitern als Beweis für legale Rüstungsarbeiten der Bochumer Schmelzindustrie übergeben worden.

Ein kommunistischer Antrag auf Herbeiführung des Reichstagsministeriums wird abgelehnt.

Abg. Dr. Brecht (Sp.): Kellogg wollte zuerst die bewußte Umkehrung des Wortes von Clauswitz, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei; der Pakt aber verurteilt bloß den Angriffskrieg. Das ist nicht viel neues, schon das Bismarcksche Vertragssystem hatte rein defensiven Charakter.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Als Konsequenz des Kellogg-Paktes fordern wir vor allem die Räumung des Rheinlandes, sowie einen ernsthaften Anfang mit der internationalen Abrüstung. Auch die Abhandlung der Rinderpest und die Aufrechterhaltung unmaßlich gewordener Grenzen sind Kriegsaufgaben. Es muß erreicht werden, daß auf friedlichem Wege gegen den Willen des Widerstrebenden eine Veränderung der Grenzen durchgeführt werden kann. Dazu muß die Völkerbundesakte ausgebaut werden.

Abg. Dr. Wendhausen (Chr.-Nat. Bayer.): Ich lehne den Pakt ab, der den Krieg nicht verhindern werde. Wichtiger sei die Wiederherstellung der Lage von Deutschlands Kriegsschuld.

Abg. Dr. Oberfohren (Dnat.) gibt eine Erklärung ab, wonach die deutschnationale Fraktion bei aller Sympathie für die Sache des Friedens dem Vertrag nicht zustimmen könne, da das besetzte Gebiet noch nicht geräumt, die Abrüstung bisher verweigert und der Pakt durch die Auslegungen der sogenannten Siegermächte in wesentlichen Punkten ausgehöhlt sei.

Damit ist die Aussprache zu Ende, die Ratifizierung wird in zweiter Lesung beschloffen.

Zur Entschließung Westarp (Dnat.) erklärt

Abg. v. Rheinbaben (D. Sp.): Wir haben unsere Meinung über den Versailler Frieden stets ausgesprochen; ohne zur deutschnationalen Entschließung Stellung zu nehmen, stimmen wir für den Ausschussantrag.

Abg. Dr. Wirth (Z.): Der Ausschuss hat ausdrücklich beschloffen, die Kriegsschuldfrage nicht mit diesem Gegenstand zu verquiden; wir lehnen deshalb die Entschließung Westarp ab.

Auf einen Einwurf des Abg. Graf Westarp (Dnat.) erwidert Abg. Dr. Wirth (Z.), daß die Regierung, an der die Deutschnationalen beteiligt waren, in der Kriegsschuldfrage auch nicht mehr getan habe, als die anderen Regierungen.

Abg. Graf Westarp (Dnat.): Die Regierung von 1925 hat vor der Abreise der Unterhändler nach Locarno einen amtlichen Widerruf der Kriegsschuldfrage herbeigeführt. (Heiterkeit.)

Die Entschließung Westarp wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und der linken Gruppen auf der Rechten abgelehnt, und darauf in der dritten Lesung die Ratifizierung des Kellogg-Paktes beschloffen. Die

Gesamtstimmung ist namentlich und ergibt 287 Ja und 127 Nein.

Die Ausschussentschließung wird angenommen. Donnerstag 2 Uhr: Staatsverträge mit Litauen, Rumänien, über das Soargebiet usw.; Arbeitsfähigkeitsgesetz. Schluß 1/4 Uhr.

## Das zweisprachige Elsaß.

### Anerkennung in der französischen Kammer.

Paris, 6. Februar. (Eigenbericht.)

Die Kammer setzte am Mittwoch die Elsaßdebatte fort. Den Reigen eröffnete ein Mitglied der Rechten, der Abg. Frey: Man sei sich darüber einig, daß die Elsaßfrage bedingungslos französisch sein müßte und man sie so nehmen müsse, wie sie sind. Zwischen dem Elsaß und Frankreich gebe es drei Konfliktstoffe: die religiöse Frage, die Sprachenfrage und eine Verwaltungsfrage. Der Ministerpräsident habe das Nötige gesagt, um den Autonomisten jeden Vorwand religiöser Natur zu nehmen. Weder das Konkordat noch die Konfessionsfrage dürfe im Elsaß aufgehoben werden. In der Sprachenfrage sei man sich darüber einig, daß die

Zweisprachigkeit der Bevölkerung aufrechterhalten werden müsse. Es gäbe aber zu viele Beamte in der eifflischen Verwaltung, die das „Deutsch“ nicht beherrschten; die Gerichtsurteile müßten kostenlos ins Deutsche übersetzt werden, ebenso müßten alle Rundgebungen der Behörden in beiden Sprachen erscheinen. Die weiteren Vorschläge Freys ließen auf eine stärkere Zusammenfassung der Verwaltungsbehörden hinaus. Poincaré warf ein, hierzu seien Gesetze nötig. In keinem Falle, fuhr Frey fort, dürften die Elsaßler die Ueberzeugung haben, daß sie als Franzosen zweiten Grades angesehen würden. Die Bedeutung der Elsaßfrage sei größer als die aller anderen.

Abg. Raffarmé (Links) forderte, daß alle Beamten genügend die deutsche Sprache beherrschten. Poincaré erklärte hierzu, er teile diese Forderung völlig, es handle sich nur darum, die genügende Anzahl zweisprachiger Beamten zu finden. Abg. Rogara (radikal) erhob unter lautem Beifall die Forderung nach Respektierung der eifflischen religiösen Gesetzgebung. Die Abfälligen Frankreichs dürften nicht durch eine gehässige Propaganda entstellt werden.

### Ridlin fordert Beweise.

Paris, 6. Februar. (Eigenbericht.)

Der Abg. Ridlin hat in der autonoministischen Presse wiederum einen offenen Brief an Poincaré veröffentlicht. Darin fordert er Poincaré u. a. auf, ihm eine einzige Stelle in seinem Reden und Artikeln nachzuweisen, die als ein Angriff gegen Frankreich gedeutet werden könnte. Er und seine politischen Freunde hätten stets zwischen Frankreich und seinen Gegnern, die am Coburner Prozeß die Schuld tragen, einen Unterschied gemacht.

In Bombaner Religionskrieg sind bis jetzt 22 Tote und hundert Verletzte zu verzeichnen. In Colombo auf Ceylon sind fünf Tote und 25 Verletzte die Opfer der Unruhen, die aber dort sozialen Ursprungs sind.

Piedmontese scheint gesiegt zu haben; er ist jetzt General und für Sonderaufträge der litauischen Regierung zur Verfügung gestellt.







„Zimmerleute in Not.“

Die Billardstöcke der Zylinderleute. — Zimmertreus beschriebene Blätter.

Bei der weiteren Beweisaufnahme im Zimmertreu-Prozess wurde auch der Maurer Seidler vernommen, der zu den Verprügelten gehörte. Er ist aus der Herberge aus der höchsten Straße mit drei anderen mitgegangen, weil es hieß, man sollte zu den Zimmerleuten kommen, es sei aber nicht gesagt worden, weshalb.

Die acht Herren waren ein bißchen ausgekloppt mit Bierfeldeln, Billardstöcken und Eisenklagen.

Auf die Frage, woher er das wisse, erklärte der Zeuge, daß er schon im Lokal gesehen habe, daß ein Billardstock benutzt wurde, einen Stock habe er selbst nachher im Lokal vom Boden aufgehoben.

Auf Antrag eines Verteidigers wird trotz heftigem Widerspruch des Staatsanwalts der Haftbefehl gegen den Angeklagten Höhne aufgehoben, da der Verdacht der Verdunkelung nicht mehr bestehe. Der nächste Zeuge war der Zimmergeselle Anton Behr. Er bezeugte, daß er, nachdem die erste Schlägerei vorbei war, ohne Erlaubnis von den Vorgängen von der Sängers Straße her auf dem Wege nach „unserer ehrentren Herberge“ war; mit einem Mase hörte er rufen: Hurra, da ist wieder einer, halbes Ichni, schlägt ihn tot! Etwa 15 bis 16 Mann seien über ihn hergefallen und hätten ihn zu Boden geschlagen.

Ich kenne wie Wilhelm keine Parteien, sondern nur Gäste. Die Zimmerleute machen gute Sachen, aber mit „dem Verein“ darf ich es auch nicht werden. Weiterhin wurde ein Zeuge ver-

nommen, der am Sonnabend in dem Lokal von Raubut ausküst, in dem sich die „Zimmertreu“-Partei nach der ersten Schlägerei versammelt hatten und wohin auch nach der Anzeige in Audiodrohsten die Hilfe gekommen sein soll. Der Zeuge erinnert sich an nichts. Staatsanwalt: Können Sie auf Ihren Eid nehmen, daß Sie niemanden von den Angeklagten im Lokal gesehen haben? Zeuge: Nein, ich kenne niemanden. Ich habe auch nicht wahrgenommen, daß um Hilfe telephoniert worden ist. Belastet wurden die Angeklagten Franke, Vietzopf, Las und Leib. Das soll einem Zeugen zugeordnet haben: Auch Saubande werden wir weiter Rache schwören. Ein Zeuge Krause schildert sehr drastisch, wie er zur Tür hinausging und seinen Leuten zurück, sie sollten keinen Schlag mehr tun, erst müsse er wissen, was gespielt wurde. Er rief zu Leib hinüber: Seid ihr Vieh oder Mensch? Sagt mir gefälligst, was ihr wollt. Angekl. Leib: Die Auslagen dieses Zeugen sind für mich von besonderer Wichtigkeit, denn er hat mich nicht mit einer Waffe gesehen und zu einer Zeit, wo ich noch den Zeugen Benz geschlagen haben soll, hat er sich noch mit mir unterhalten. Ich danke Ihnen für Ihre Entlastung, Herr Zeuge. Zeuge Krause: Dafür kann ich nichts, ich muß sagen, was ich weiß. Borl.: Sie haben ganz recht, aber was sagt der Zeuge Benz zu Ihrer Aussage? Benz: Ich kann nichts widerlegen. Alle die jungen Zeugen, die nacheinander vernommen werden, werden von der Verteidigung in ein scharfes Verhör wegen der präzisen Zeitangaben genommen. Immer wieder beschwerten sich die Zeugen darüber. Einer rief dem Rechtsanwalt freien zu: Nehmen Sie sich doch den Schmutz aus den Ohren, ich habe ja alles schon einmal gesagt. Der Vorsitzende gab ihm einen Beweis und drohte ihm mit drei Tagen Haft. Darauf jurang der Zeuge Krause auf und kam seinen Kameraden zu Hilfe. Krause:

Die Herren Verteidiger nehmen einen einfachen Zimmermann, der nicht so akademisch gebildet ist wie sie, in ein derartiges Verhör, daß man ganz verwirrt wird. Ein anderer Zeuge erklärt kurz darauf, daß er bald genug habe und die Aussage weiter verweigern wird.

Ein Berliner, bei dem der Angeklagte Vietzopf den fraglichen Abend verbracht hatte, erzählte, daß Vietzopf eine Flasche von 30 M. gemacht hatte. Borl.: Wie kommt diese Summe zusammen? Zeuge: Der Anzeigende trank nur Cognac, und der kostet bei mir pro Glas 25 M. Borl.: Das wären ja 80 Cognacs, das kann ja keinen Mensch trinken. (Am Saale herrscht eine große Heiterkeit, daß der Vorsitzende erst sehr energisch Ruhe fordern muß.) Zeuge: Allerdings hat der Angeklagte für mehrere andere mitgebracht, er ging ungefähr um 11 Uhr von mir weg.

Unter allgemeiner Spannung wurde der erste Vorsitzende des Vereins „Zimmertreu“, der Berliner Alfred Hüller, als Zeuge aufgerufen. Borl.: Was ist am nächsten Tage über die Beteiligung der Mitglieder an der Schlägerei gesprochen worden? Zeuge: Es wurde mir gesagt, daß man nur den Meisterlicher verhaften lassen wollte. Ich bekam dann einen Brief von dem Angeklagten, wir möchten die Feindseligkeiten einstellen. Unser Verein hat nie gegen die Zimmerleute eine Feindschaft gehabt. Reibereien habe es mit Zimmerleuten, die mit Wehern in die Lokale eindringen wollten, öfter gegeben, der Verein habe aber Schlägereien immer „auf diplomatischem Wege“ zu vermeiden gesucht. Borl.: Ist das richtig, daß ein bedrängter Verein den „Ring“ anruft und daß dann die anderen Vereine zu Hilfe eilen? Zeuge: Der „Ring“ hat damit gar nichts zu tun. Ich habe mich erkundigt, und es ist an jenem Tage kein Verein angerufen worden. Verteidiger: Welchen Zweck verfolgt Ihr Verein? Zeuge: Sport und Beschäftigung zu pflegen.

Unsere Kollegen sind nicht unbefriedigte Blätter. Wir wollen sie von dem Wege des Verbrechens fernhalten.

Wo mir arbeiten, haben wir in den Lokalen für Ruhe und Ordnung zu sorgen und nie etwas mit der Polizei zu tun gehabt. Unser höchstes Ziel ist es, die Mitglieder wieder zu einem ordentlichen Leben zu führen. Borl.: Wird nun ein Mitglied, das sich wieder strafbar macht, ausgeschlossen? Zeuge: Nein, heute ist es schwer, im Leben durchzukommen. So sind viele Mitglieder, die in heimlichen Spielkassas gearbeitet haben, bestraft worden.

Deshalb können wir Sie doch nicht ausschließen. Borl.: Wie halten Sie es mit den Juhältern? Zeuge: Lieber diese Sache zu sprechen, ist heute schwer. Wenn jemand eine Frau liebt, kann ich ihm doch nicht verbieten, mit ihr zusammenzuleben. Das gehört auch in das Reich der Freiheit, daß dabei soviel zu verdienen ist. Ich habe keinen Anlaß, die Mitglieder danach zu fragen.

Nach einigen weiteren Fragen an den Zeugen wurde er vereidigt und entlassen. Damit waren die bisher geladenen Zeugen sämtlich vernommen. Das Gericht entschied sich dahin, daß alle Zeugen zu verurteilen seien und daß nur der Zimmermann Schulz und der „Klosterkeller“-Wirt Bach unvereidigt bleiben. Die bisher vernommenen Zeugen wurden entlassen. Heute, Donnerstag, nach Vernehmung der letzten vier Zeugen, sollen die Plädoyers beginnen.

Absturz eines Berliner Freiballons. Die vier Insassen schwer verletzt.

Hamburg, 6. Februar. (Eigenbericht.)

In der Nähe des schleswig-holsteinischen Dorfes Bennede erignete sich am Mittwoch nachmittag ein schreckliches Freiballon-unglück. Der Ballon der Deutschen Luftfahrtgesellschaft „Graf Zeppelin“, der am Vormittag mit vier Mann Besatzung in Berlin gestartet war, wurde zerrissen aufgefunden. Die vier Insassen erlitten man blutüberströmt in Baumästen hängend. Sie hatten schwere Verletzungen davongetragen. Führer des verunglückten Ballons war ein Polizeihauptmann Oge, der auf der Fahrt die Prüfung als Freiballonführer ablegen wollte.

Gerüchte über den Bankraub.

Keine Verhaftung.

Die Untersuchung, die die Kriminalpolizei zur Aufklärung des großen Bankraubes am Wittenbergplatz führt, haben zu den verschiedenartigsten Vermutungen Anlaß gegeben. Die Gerüchte, die von Verhaftungen sprechen, sind in der Tat nur Gerüchte. Bisher ist niemand verhaftet worden. Unter den vielen verschlungenen Spuren, die verfolgt werden, war es wichtig, gewisse Differenzen in den Zeitangaben durch Vernehmung einzelner Personen zu klären. Zu diesen Zeugen gehört u. a. auch der Pförtner des Hauses. Da durch seine Befundungen noch nicht alle Widersprüche geklärt waren, so mußte er über Nacht auf dem Polizeipräsidium bleiben. Voraussichtlich aber werden die Vernehmungen bis zum Mittwochabend abgeschlossen sein und der Pförtner wieder entlassen werden. Im Anschluß daran werden Arbeiter befragt werden, die im Hause und auf der Straße zu der kritischen Zeit mit Reparaturen beschäftigt waren.

Zur Feuerficherheit im Theater.

Eine Erklärung des Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident teilt mit:

In der Berliner Presse sind auf Grund von Ausführungen in der kommunalpolitischen Brettsitzung Mittellungen über die Feuerficherheit in den Berliner Theatern erschienen, die geeignet sind, die Bevölkerung auf höchste zu beunruhigen und den Eindruck hervorzurufen, als ob der Polizeipräsident es an der nötigen Umsicht und Energie für die Schaffung feuerficherer Zustände in den Berliner Theatern habe fehlen lassen. Demgegenüber muß der Polizeipräsident mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die in der Presse erschienenen Darstellungen der Verhältnisse in den Berliner Theatern tatsächlich und rechtlich unzutreffend sind. Seit vielen Jahren hat der Polizeipräsident systematisch alle Maßnahmen getroffen, die zur Sicherung der Bevölkerung notwendig sind. Bei allen diesen Sicherheitsforderungen hat er den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer nur dann Rechnung getragen, wenn die an erster Stelle stehende Sicherheit der Bevölkerung in keiner Weise beeinträchtigt wurde. Was die bevorstehende Schließung des Admirals-

legte er nach einiger Ueberwindung, hingerissen von sich selbst, hinzu.

Die Menge beruhigte sich drümmend. Das war ja ein Advokat, der mußte das verstehen. Nur ein etwa achtzehnjähriges, wirrhaariges Mädchen mit breitem, knochigen Körper trat schnell aus dem Kreis und sagte die Frau um die Hüfte. „Ich lasse meine Schwester nicht ins Gefängnis. Ne, ne, ich lasse sie nicht! Ich gehe zu Kniephaden! Zu Kniephaden gehe ich!“ schrie sie hysterisch.

Kniephade? Wie kam diese Arbeiterin zu dem Wötkermeister Kniephade? Dehkle sah sie wohlwollend an: sie war von fremdartigem, südländischem Typ mit dunklem Haar und großen, schwarzen Augen, und die Erregung stand ihr gut. „Herr Kniephade kann Ihnen gar gar nichts helfen, Fräulein. Vertrauen Sie sich ruhig mir an.“ Leise flüsterte er dem Wötkermeister zu: „Gehen Sie bitte nicht durch die Straßen. Gehen Sie hinten herum. Es könnte die Festfreude stören. Sie verstehen!“

„Ich gehe zu Kniephade! Kniephade muß helfen!“ schrie wieder die Achtehnjährige. Sie mußte selbst nicht, warum sie glaubte, daß Kniephade helfen könnte. Sie war zweidreimal mit ihm nachts drüben im Krumbholz zusammen gewesen, er hatte ihr nachher etwas Geld gegeben — alle Mädchen von der Zuckersfabrik hielten es so mit den Bernburger Bürgersöhnen. Mehr bestand nicht zwischen ihnen.

„Ach, laß doch, Luise!“ sagte die Frau müde und resigniert. Sie folgte dem Wötkermeister mit dem schweren, mühsamen Gang der Schwangeren. Die Masse kroch murrend ins Tor zurück. Das Mädchen blieb ratlos stehen. Dehkle trat neben sie. „Wir müssen zunächst mal die Bestätigung einer Hebamme haben, daß Ihre Schwester schwanger ist.“

„Aber das sieht man doch“, gab sie verblüfft zurück. Dehkle zuckte die Achseln. „Das Gericht braucht Unterlagen.“ Er sah um sich: niemand mehr war in der Nähe. Seine Hunde begannen wieder, sich zu reiben. „Aum, wir werden das schon machen, mein Kind. Wir werden morgen weiter darüber reden, nicht wahr? Es soll Sie nichts kosten. Kleines...“ Er legte ihr den Arm um die Taille.

Aber sie stieß ihm derb vor die Brust, so daß er stolperte und rückwärts ins nasse Gras fiel. „Ne, ne!“ schrie sie ihn an. „Ich gehe doch immer zu Kniephaden! Ich wech schon, was Sie wollen, Sie alles Schwein! Ich gehe zu Kniephade!“ Sie ließ davon, mit schnellen, kretzen Schritten, er hörte ihre Pantoffeln im Dunkeln verflappern... (Fortsetzung folgt.)

Der Aufbruch des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhard Heermann Mostac

„Recht schlecht enl Avmer von unsen Herzog brauchen mer das sich zu verlangen. For unsen Herzog kenn'n mer illuminiern!“

Hier trat Dehkle so nahe ans Fenster, daß man ihn fast gesehen hätte. Denn jetzt glitt das Gespräch zur dritten Bekanntmachung über: zu einer Aufforderung an die Bürgerlichkeit, als Ausdruck des Dankes an den Herzog für die Einberufung einer Volksvertretung zum 31. Juli heute, am 20. Juli, die Stadt zu illuminiern. Und diese Aufforderung war Dehklens eigentliches Werk. Die hatte er denn auch mit seinem Namen unterzeichnet.

Seine linken Augen blickten die Straße auf und ab: richtig, es war einhalb acht Uhr, es wurde dämmrig, in den Fenstern begannen die Kerzen feierlich aufzukommen, und auch die Redenden von unten begaben sich in ihre Häuser, um zu illuminiern. Den Advokaten hielt es nicht im Zimmer. Er steckte feinerseits seine zwei Duzend Kerzen an und ging hinunter und durch die Straßen, um die Illumination, seine Illumination zu genießen. Mußte ihm die Regierung nicht dankbar sein? Hatte nicht er eigentlich den Herzog gerettet vor ähnlichen Erlebnissen wie die des Preußenkönigs? D, es würde sich schon eine Gelegenheit finden, dem Ministerium das begreiflich zu machen.

Dehklens Hände rieben in einem unwahrscheinlichen Tempo, er ging eigentlich nicht, er schwebte, wie ein lichtspendender Engel. So schwebte er über die ebenfalls illuminierten Brückenbögen hinweg auf den Markt — hier arbeitete er mit Füßen und Händen. Hier war ein Loch im Licht, ein schwarzes, störendes Loch. Dort, an der Kirche, hatte einer noch nicht illuminiert. Es war der Lehgerbar, Calm.

„Anfamer Jude“, dachte der Advokat und schritt im

gleichen Moment mit verbindlichem Nicken auf das Haus zu, entschlossen, einzutreten und den Besitzer mit größter Höflichkeit an seine patriotische Pflicht zu gemahnen.

Aber er pochte vergeblich. Calm war nicht zu Haus. Vor gewiss am Schlossberg, wo er sich einjam zu ergehen pflegte. Mühsam ging Dehkle weiter, die Breite Straße entlang. Die hellste sein Gesicht wieder auf. Dort strahlte Haus bei Haus. Der Wötkermeister Kniephade hatte sogar ein Faß aus Lichtern angebracht.

Wählich lautete Dehkle gequält auf einen fernher dringenden Willen. Er ging dem Geräusch nach, das die festliche Stille empfindlich störte. Es kam von der Waldauer Zuckersfabrik, die gleich hinter der Stadt jenseit des schmalen Angers breit im Dunkeln lastete. Nur Stallaternen schwellten aus den Verschlägen, die von den Arbeitern bewohnt wurden. Das schmutzige Volk hatte natürlich wieder nicht illuminiert. Dehkle ging hinüber.

Vor dem Tor der Fabrik drängten sich murrende, schmale Arbeiter und freischende Arbeiterinnen, die Arme kampfbereit in die Hüften gestemmt. Die Gruppe umkreiste in engem Bogen die vorhin verurteilte Frau Hampel, die stumm und blaß neben dem Wötkermeister Kühne stand.

„Schämen Sie sich denn nicht?“ schrieen die Weiber. „Anne schwangere Frau ins Gefängnis zu bringen!“

Der Wötkermeister zuckte die fetten Achseln. „Befehl ist Befehl! Steht doch nicht!“

„Stehlen?“ kreischte es zurück. „Ihr Fett könn'n mer doch nich fressen, wenn mer hunger han!“

„Um eor Zueejroschendrot!“

Dehkle, von Natur alles andere als tapfer, war heute viel zu sehr von Würde geschwellt, um an eine Gefahr für seine Person überhaupt zu denken. Er trat an den Wötkermeister heran.

„Sie wollen die Frau verhaften?“

„Ich muß es ja, herr Dehkle. Ich habe Sie doch nicht verurteilt.“

Dehkle zuckte die Achseln gegen den Kreis. „Der Herr Wötkermeister kann nicht anders handeln.“ Er wandte sich an die Verhaftete, die immer stumm stand und zitterte, in geflickten, schmutzigen Kleidern, eine trüb ins Jubelhell schatternde, zerzauste Fühne der Armut. „Ich will Ihnen gern helfen, wenn Sie Verurteilung einlegen wollen. Aber natürlich müssen Sie gehen. — Ich will Ihnen umsonst helfen!“



**Polizeipräsident als Aufsichtsbehörde**  
 herab vor Monaten das zuständige städtische Baupolizeiamt auf die Notwendigkeit eines durchgreifenden Umbaus dieses Theaters hingewiesen, aber erst nach langen Verhandlungen, und nachdem der Polizeipräsident der städtischen Baupolizei für den Fall einer weiteren Verzögerung eine dienstliche Anweisung in Aussicht gestellt hatte, ist von dieser eine entsprechende Verfügung an den Unternehmer gerichtet worden. Auch die bei anderen Theatern notwendig gewordenen Beanstandungen sind durchweg auf Grund der vom Polizeipräsidenten angeordneten Revision erfolgt, worauf die erforderlich gewordenen Maßnahmen von der städtischen Baupolizei auf Anordnung des Polizeipräsidenten getroffen wurden.

Am übrigen hat der Polizeipräsident als Aufsichtsbehörde den Oberbürgermeister der Stadt Berlin ersucht, ihm unnerzöglich einen eingehenden Bericht über die der Presse gemachten Mitteilungen zu erstatten.

**Warenhausbrand in Paris.**  
**Das Gebäude in sich zusammengestürzt.**

Paris, 6. Februar.  
 In einem großen Warenhaus des Pariser Vororts Aubertvilleers brach heute nachmittag aus noch nicht festgestellter Ursache ein Brand aus, der auf alle Räume übergrieff. Trotz des sofortigen Eingreifens der Feuerwehr konnte das Gebäude nicht gerettet werden; es stürzte in sich zusammen. Mehrere Personen wurden verletzt.

**Bier Todesopfer der Kälte.**  
**Der Rhein und Nebenflüsse im Zufrieren.**

Frankfurt a. M., 6. Februar. (Eigenbericht.)  
 In den letzten beiden Nächten sind in Frankfurt a. M. vier Personen erstarben aufgefunden worden. Der Rhein hat in seinem gesamten Ober- und mittleren Lauf eine feste Eisdicke. Bei Singen ist auch der Rhein zugefroren. Wenn die Kälte noch länger andauert, werden wir das seit Menschengedenken nicht mehr gesehene Schauspiel erleben, daß der Rhein und seine sämtlichen Nebenflüsse noch im März zugefroren sind.

Die Grippe hat in Frankfurt a. M. einen derartig hohen Grad erreicht, daß die Bilanz der Ortskrankenkassen bereits jetzt ein Defizit von 400000 Mark aufweist.

**Der neue Temperatursturz.**

Die neue Kältemasse, die sich seit der Nacht zum Mittwoch bemerkbar macht, ist auf größere Kaltluftmassen zurückzuführen, die namentlich von Nordrußland her über die deutsche Grenze vorgestoßen sind. In Rußland herrschen teilweise Kältegrade bis zu 48 Grad. Königsberg wies am Mittwoch mit 27 Grad unter Null die größte Kälte in Deutschland auf. Die Kaltluftmassen bedecken jetzt das ganze Reich und haben überall weitere starke Temperaturrückgänge zur Folge gehabt. Da innerhalb dieser Kaltluftzone Aufheiterung eintritt, wird sich die Kälte durch die Ausstrahlung noch verschärfen. In Berlin herrschen gestern abend um 21 Uhr minus 13 Grad, im Laufe der Nacht sinkt das Quecksilber noch ganz rapide. In den Außenbezirken schwanken die Temperaturen ebenfalls zwischen minus 18 und 20 Grad. Für die nächsten Tage ist mit beständigem starken Frostwetter bei östlichen Winden zu rechnen. Der Bitterwettercharakter wird insbesondere durch ein über der südlichen Mittelmeeres Hochdruckgebiet wesentlich beeinflusst.

**Der Heimgang eines Tapferen.**

Die Berliner Feuerwehr hat gestern mittag ihrem bei dem Brand in Strolach verunglückten Kameraden Gustav Kuzendits das letzte Geleit gegeben. In der Feuerwehrgasse in Lichtensberg, von der aus der tapfere Mann so oft dem Rufe, zu helfen, gefolgt war, hatten ihn seine Kameraden umgeben. Die Bogenhalle der Feuerwehrgasse war festlich ausgeschmückt, die Wälder schwarz drapiert und die Beleuchtung gedämpft. Unter einem Baldachin in den Stabjarden stand der Sarg inmitten eines Blumenhaines. Aus allen Berliner Wachen waren Feuerwehreinheiten zur Trauerfeier erschienen. Die Hamburger und sächsischen Kameraden hatten eine Abordnung mit einem Kranz entsandt. An der Spitze des Offizierskorps der Feuerwehr war Oberbranddirektor Gemp mit den Vertretern der Stadt und des Bezirkskomitees Lichtensberg erschienen. Die Halle war so klein, um all die Trauergäste aufzunehmen. Die Feuerwehrtapelle begann, nachdem die Angehörigen in die Halle geleitet waren mit einem Musikstück die Feier. Ein Geistlicher sprach von dem heldischen Pflichtgefühl, das den Feuerwehmann geleitet hat, täglich und stündlich sein Leben für seine Kameraden einzusetzen. Oberbranddirektor Gemp widmete seinem Kameraden einen herzlichen Nachruf. Wenn trotz der großen Brände, die in den letzten Wochen Berlin heimgesucht haben, die Berliner Bevölkerung nicht nervös geworden ist, so ist das ein Zeichen, daß sie den todesmutigen Männern, die im Feuerwehrdienst stehen, vertraut. Es ist auch ein stilles Heldentum in den Familien der Feuerwehrlente, denn wie weiß die Mutter oder die Gattin, ob der Sohn oder der Lebensgefährte von seinem Dienst wieder zurückkommt. Für den Beamtenschaftsbesuch Berlin sprach Rebmann und für den Verband Deutscher Berufsfeuerwehren Großmuth. Für die Stadt Berlin widmete Stadtverordneter Hausberg dem Toten ehrende Worte. Unter den Mängeln der alten Trauerweise „Ich hatt' einen Kameraden“ wurde der Sarg von den Feuerwehrlenten zum Trauerwagen getragen. Der Toten wurde gestern mittag nach Schloffen übergeführt, um in seiner Heimat beigesetzt zu werden.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller gab seinem traditionellen Winterfest eine besondere Note. Man kann im allgemeinen nicht sagen, daß die Berliner Karnevalsübungen sich durch Originalität auszeichnen. Sie gleichen einer dem anderen. Ein einheitlicher Charakter, eine durchgehende Grundstimmung ist selten zu erzielen. Der genannte Verein führte seine Gäste zuerst in eine „Fledermaus“-Aufführung bei Kroll und kam damit die mundvollste Karnevalsstimmung. Der festliche Glanz war mit einemmal da, der Rhythmus erlebter Tänze sah einem im Blut und der Champagnerauschlag kam über einen, ohne seine fahnenlärmliche Folgen. Dann ging man hinüber in die Festhalle und tanzte. Und immer noch schwang der göttliche Strauß in einem nach. Man hatte noch Abends Redheiten im Ohr und zwischendurch fiel einem ein neuer oder auch alter Kalauer des Proschs ein. Edward Kahl stellte aber auch eine gar vergnügliche Alkoholliteratur auf die Beine. So war also für Fest- und Ballstimmung aufs beste gesorgt.

**Vom Alexanderplatz zum Zoo.**  
**Ein leistungsfähiger Verkehrsweg nach dem Westen.**

Der Eitenausfluß, eine vorwiegend aus den Kreisen der Geschäftswelt und des Bauwesens frei zusammengesetzte Körperschaft, die sich die Förderung der baulichen und verkehrlichen Entwicklung des Stadtinneren zur Aufgabe gemacht hat, erörterte gestern die Frage einer dem Berliner Verkehr entsprechenden großen Dämmst. Durchzugsstraße vom Alexanderplatz zum Zoo. Es handelt sich in der Hauptsache um das Problem, für den bis zur Unentgeltlichkeit überlasteten Verkehrsweg Leipziger Straße eine nördliche Entlastungsstraße zu schaffen, die von der Friedrichstraße aus auf die Lennestraße und die Tiergartenstraße führt und dann mit einer fast gradlinigen Fortsetzung der Tiergartenstraße durch das am Südrand des Tiergartens gelegene Villenviertel hindurch beim Zoo vorbei zum Aufriedendamm führt.

Dr. Paul Rahlsberg wies darauf hin, daß bei dem Neubau der Reichsbank, der einmal kommen muß, sich die Möglichkeit bietet, durch die Jägerstraße den neuen Verkehrsweg nach dem Westen zu bahnen. Dabei wird man im Ministerialteil einige staatliche Gebäude ausweichen oder beseitigen müssen und auch die oft geforderte Beseitigung der Ball der Ministergärten muß dann in Betracht kommen. Rahlsberg hob hervor, daß die verkehrstechnisch unzulängliche Anlage der Stadt eine große Erschwerung für die Geschäftswelt bedeutet. Alle Verkehrsmittel und Verkehrsmittel müssen darauf ausgehoben sein, aus der Stadt eine bestgeeignete Erwerbstadt zu machen. Benno Kühn, Vorsitzender des Architekten- und Ingenieurvereins, forderte, daß über den Leipziger und Potsdamer Platz nur derjenige Verkehr geleitet wird, der diesen Verkehrspunkt aufsuchen will. Für den weiter hinaus gehenden Verkehr seien Umgehungsstraßen zu schaffen. Erst nach Verlegung des Potsdamer Bahnhofes (der ja unterirdisch mit dem Lehrter Bahnhof verbunden werden soll) werde eine planmäßige Straßenanlage zur Verkehrsleistung möglich werden. Man werde dann auch zur durchgreifenden Entlastung im Süden der Leipziger Straße schreiten können, weil dann hinter dem Landwehrkanal über das freigelegene Bahngelände hinweg Verbindungen der östlich und westlich gelegenen Straßen ausgeführt werden können. Die nördliche Entlastungsstraße von der Jägerstraße zum Aufriedendamm werde den Verkehr vom Osten über den Alexanderplatz zum Zoo und weiter bis zum herten Westen aufnehmen und sich zu einer Hauptachse des Berliner Verkehrs entwickeln. Zur Ausführung solcher Pläne seien gewiß sehr große Mittel erforderlich, aber die Rentabilität scheine gesichert, weil an dem neuen Straßenzug befeuertgerichtete Geschäftsbauten entstehen würden.

Im Zusammenhang mit dem Problem Alexanderplatz-Zoo wurden auch die Projekte eines neuen Verkehrsweges von Moabit über Zoo nach Wilmersdorf und einer Entlastungsstraße von Lindenstraße über Jossener Brücke nach dem Süden Berlins gestreift. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit, einen wirklich leistungsfähigen Verkehrsweg nach dem Westen zu schaffen, allseitig anerkannt.

**Autobus im Eis eingebrochen.**  
**Sämtliche zwölf Insassen ertrunken.**

Kopenhagen, 6. Februar.  
 Nach Meldungen aus Helsingfors ist auf dem Eise des finnischen Meerbusens ein mit zwölf Personen besetzter Autobus eingebrochen. Alle Insassen sind umgekommen. Aus der finnischen Provinz wird gemeldet, daß zahlreiche Personen ertrunken sind. Bei Tavastehus wurden am Dienstag abend 47 Grad Kälte gemessen.

**Drei Kinder erschossen.**

Der 33 Jahre alte Dienstag abend, als seine Frau in Begleitung einer Tochter in eine Kinovorstellung gegangen war, seinen 25jährigen Sohn Julius, seinen neunjährigen Sohn Joseph und seine 20jährige Tochter Deanne. Seine fünfjährige Tochter Irene ließ er am Leben. Er benachrichtigte nach der Mordtat telefonisch die Polizei und erklärte bei seiner Vernehmung, er habe die Kinder getötet, weil es nicht die seinen wären. Die fünfjährige Irene aber sei sein Kind, er habe sie deswegen am Leben gelassen.

**Besonderes Referat beim Städtischen Nachrichtenamt.** Der Magistrat beschloß, beim Nachrichtenamt ein besonderes Referat für den Nachrichten- und Auskunftsdienst und die Redaktion des Amtsblattes einzurichten. Zum Leiter dieses dem Magistratskommissar für das Nachrichtenwesen unmittelbar unterstellten Referats wurde gewählt der Redakteur Genosse Dr. Lohmann, dem noch weitere Referenten beigeordnet werden sollen.

**Funkwinkel.**

Am Nachmittag Szenen aus Hebbels Dromen im Rahmen der Jugendbühne. Die Wahl ist nicht immer glücklich und wird eher durch die verpflichteten Sprecher als umgekehrt bestimmt. Hermann Kasal spricht in leicht fahbarer Form über Hebbels Bedeutung für das Theater und für die deutsche Literatur. Es hört nur eine leichte Krepolisität des Vortragenden. Gut, daß sich auch ein paar Schüler über Hebbel vor dem Mikrophon äußern dürfen. Vermitteln diese Äußerungen auch keine besonderen Erkenntnisse, so entsteht doch ein intimerer Kontakt mit der jugendlichen Hörerschaft. In dem Vortrag „Was können wir von Tieren lernen?“ betont Dr. v. Alless die Naturverbundenheit, das Instinktive des Tieres. Der analysierende Verstand hat den Menschen aus den Gefilden des Paradieses vertrieben. Alless spricht sehr flug, allerdings manchmal zu wissenschaftlich abstrakt. Dann drei politische und wirtschaftliche Vorträge von Sombart, Külz und Dr. David. Bemerkenswert die Worte, die Dr. David über die Weimarer Nationalversammlung anlässlich der Erinnerung ihres ersten Zusammentritts vor zehn Jahren äußert. Noch einmal erlebt man die Tat jener Männer, die Deutschland damals in der entscheidenden Stunde vor der Anarchie retteten. Neben dieser bereits historisch gewordenen Erinnerung findet man prinzipielle Erörterung über Demokratie und Proletariat. Ein Vortrag, wie man ihn selten im Rundfunk zu hören bekommt. Ueber die Feier des 25jährigen Bestehens des Berliner Volkschors, die abends aus der Philharmonie übertragen wird, wird hier an anderer Stelle berichtet werden.

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**

Einblendungen für diese Rubrik sind bis an das Sekretariat des Bezirks OB 61, Lindenstraße 2, bis 2 Uhr nachm. zu richten.  
 Heute, Donnerstag, 7. Februar:

- 22. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 23. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 24. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 25. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 26. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 27. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 28. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 29. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 30. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 31. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 32. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 33. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 34. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 35. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 36. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 37. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 38. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 39. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 40. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr

**Frauenveranstaltungen.**

- 1. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 2. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 3. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 4. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 5. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 6. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 7. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 8. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 9. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 10. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 11. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 12. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 13. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 14. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 15. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 16. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 17. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 18. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 19. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 20. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr

**Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.**

- 1. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 2. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 3. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 4. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 5. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 6. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 7. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 8. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 9. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 10. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 11. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 12. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 13. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 14. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 15. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 16. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 17. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 18. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 19. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr
- 20. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr

**Jungsozialisten.**

Die Abrechnung der Beiträge und Ausgabe der Rechnungsbücher der Jungsozialistischen Partei findet heute Donnerstag, 7. Februar, ab 17 Uhr, beim Genossen Curt Berg, R. 61, Ratzweg 10, 10. Bezirk, statt. Alle Gruppen müssen die Bücher abholen. Gruppe Scharf, Freitag, 8. Februar, im Jugendheim Ratzweg 11, um 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft: „Imperialismus“, Leiterin: Dana Sobien.

**Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.**

Am 10. Februar findet unser Abend im Kulturhaus des Metallarbeiterverbandes statt und sind hierzu alle Parteimitglieder eingeladen. Karten sind bei den Parteilokalen und den Genossen Maria Trinkel, Göttinger Straße 22, und Frau Wacker, Ratzweg 15, zu haben. Es laufen die Filme: „Der Teufel und die Heilige“, „Bei den Leutchenmartern“ und der neue „Pate-Kellen-Film“.

**Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.**

106. 10.15 Uhr im umgehenden von der Parteizentrale 20.15 Uhr

**Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend.**

(Nachr. verb.) Trocken und meist heiter, weiterhin fallt bei schwachen östlichen Winden. — Für Deutschland: In der nordöstlichen Hälfte trocken und meist heiter, in der westlichen Teil Regen. Im übrigen Teile nur mäßiger Frost, streuweise leichte Schneefälle. Im äußersten Südwesten Temperaturen zeitweise über Null.

Bei Grippe und anderen Infektionskrankheiten erhöhte Ansteckungsgefahr überall, wo viele Menschen zusammenkommen. Deshalb Formamint — das vielfach von den Ärzten anerkannte Schutz- und Desinfektionsmittel für Mund und Rachen — auch in die Schule mitgeben! erhältlich in jeder Apotheke und Drogerie. Glas mit 50 Tabletten Mk. 1.75

Radio? Selbstverständlich mit TELEFUNKEN-RÖHREN



## Rud. Lothar: Die Macht des Zufalls Aus Sudermanns Erinnerungen.

Es sind ungefähr 25 Jahre her, da waren wir eines Sonntags bei Sudermann auf seinem Schloß bei Trebbin zu Gast. Wir, darunter meine ich Feder von Jobst, den Literaturhistoriker Edward Engel, den Dichter Beneg Engel und mich. Wir saßen nach dem Essen auf der Veranda, rauchten unsere Zigarren und sprachen von allen möglichen und unmöglichen Dingen. So kam die Rede auch auf den Zufall und seine Macht. Jeder von uns sollte erzählen, welche Rolle der Zufall in seinem Leben gespielt habe. Es gab nun ein Erzählen um die Wette, denn jeder von uns war schon einmal in seinem Leben dem guten oder bösen Gott Zufall begegnet. Den einen hatte er auf die Höhe geführt, den anderen daran vorbeigeführt. Nur die letzte Geschichte, die des Hausherrn, will ich heute berichten.

„Wie Ihr alle wißt, meine Freunde,“ so begann er, „war der Anfang meiner Karriere in Berlin nicht gerade vom Glück begünstigt. Allerdings fand ich immer Freunde und Gönner, die sich meiner annahmen. Ich schrieb Romane für ein kleines Wochenblatt. Jeden Montag erschien ich beim Herausgeber und lieferte mein Pensum für die Woche ab und bekam mein Honorar. Das ging eine Zeitlang ganz gut so fort, bis eines Tages der Herausgeber mir sagte: „Mein lieber Herr Sudermann, das ist ein unhaltbarer Zustand. Was tue ich um Gottes willen, wenn Sie eines Tages krank werden oder sich die Hand verstauchen oder unter einen Wagen geraten, wenn Sie mir eines Tages die Fortsetzung des Romanes nicht liefern können? Dann ist es ja da mit meinem halben Roman, kann keine Fortsetzungen bringen, und die Abonnenten stürmen mir das Haus. In Zukunft nehme ich nur einen Roman, wenn er fertig ist.“ Ich jammerte; woher sollte ich das Geld nehmen, um während der Zeit, die ich zur Niederschrift des Romanes brauche, leben zu können. Es blieb mir aber nichts anderes übrig, als nachzugeben. Ich fuhr nach Magdeburg zu meiner Mutter, setzte mich hin und schrieb „Frau Sorge“. Als ich fertig war, deponierte ich jubelnd dem Herausgeber nach Berlin, das Buch sei fertig, ich wollte es nur einigen Freunden in Hamburg vorlesen, und dann würde ich es ihm schicken. Ich setzte mich auf die Bahn, steckte das Manuskript in die Tasche und fuhr nach Hamburg. Unterwegs hielt der Zug in Ansternburg. Auf dem Bahnsteig standen einige Freunde. Als sie mich erblickten, schrien sie: „Heiß, Heiß, steig aus, wir wollen hier mal recht vernünftig sein!“ In der glänzenden Stimmung, in der ich war, ließ ich mir das nicht zweimal sagen. Ich stieg aus, und es begann eine Bierzugsreise durch das Südtüchen, die an Alkoholkonsum alle Rekorde schlug.

Am Morgen wachte ich auf — in Hamburg. Meine Freunde hatten mich in den Zug geschoben und weiterbefördert. Schloßtraum rief ich mir die Augen wach und griff mechanisch nach der Tasche meines Kades, die meinen Schatz, mein Manuskript enthielt. Ein namenloser Schrecken durchfuhr mich: das Manuskript war weg. Ob man es mir gestohlen hatte, ob ich es verloren hatte, darüber nachzudenken, wäre müßig gewesen, und es änderte auch nichts an der Tatsache, es war weg. Ihr seid alle Leute von der Feder, und Ihr wißt, was es heißt, ein Stück oder einen Roman noch einmal schreiben zu müssen. Ich glaube, daß das zu den furchtbarsten Dingen der Welt gehört und daß es einem nie völlig gelingt. Man ist überzeugt, daß die erste Niederschrift die beste war, und die Angst,

die Qualität der ersten Niederschrift nicht erreichen zu können, handkopt einem vom ersten Wort an und lähmt die Hand. Trotzdem sah ich ein, daß ich die schreckliche Sache unternehmen mußte. Ich wollte den Roman gleich nochmals schreiben, und zwar hier in Hamburg. Aber ich gab den Gedanken bald auf. Erstens würde ich in Hamburg nicht die richtige Sammlung finden, zweitens wäre der Aufenthalt hier zu kostspielig, und so entschloß ich mich denn, wieder nach Hause zur Mutter zu fahren. Ihr könnt euch denken, in welcher Bausie und in welcher Stimmung. Als der Zug wieder in Ansternburg hielt, sprang ich, einer plötzlichen Eingebung folgend, aus dem Waggon. Biersicht waren die Freunde noch da und haften mir mit Trost und Zuspruch. Aber niemand mehr war da, alle waren fortgefahren. Es ging heute auch kein Zug mehr, ich mußte hier übernachten. Ich ging also in einen Gasthof, ließ mir ein Zimmer geben und versuchte zu schreiben. Aber es ging nicht, der Dämon rauchte, die Lampe blakte, ich hielt es im Zimmer nicht mehr aus. Ich ging auf die Straße hinunter. Ein Schneesturm legte durch die Gassen, es war höchst ungemütlich in Ansternburg. Was sollte ich des Abends hier anfangen? Da sah ich einen Schutzmann, der einen sehr gemüthlichen Eindruck machte. Ich ging auf ihn zu und sagte: „Hören Sie, mein lieber Freund, gib's hier keinβολ, wo man sich amüsieren kann?“ Der Schutzmann zinkerte lässig mit den Augen, nickte verständnisvoll mit dem Kopf und erbot sich, mich zu führen. Das Lokal, in das er mich brachte, war — seien wir bezogen — ein Lokal mit Damenbedienung. Ich sah mich plötzlich von einer Schar von Huldianen umringt, die alle um meine Gunst buhten und um den Vortritt, um mir Erfolge zu werden. Ich prüfte, verglich und wählte schließlich das Mädchen, das mir am hübschesten erschien. Aber ehe der Abend seinen Fortgang nahm, geschah etwas Unerwartetes. Das Essen im Ansternburger Gasthof muß nicht besonders gut gewesen sein, kurz, ich richtete eine distrierte Frage an meine Gefährtin. In ebenso distrierte Weise übergab sie mir einen rostigen Schlüssel und küsterte mir ins Ohr: „Über den Hof gleich rechts.“ Vorsorglich gab sie auch eine Laterne mit auf den Weg. Ich ging über den Hof, sperrte auf, stellte die Laterne auf den Boden und setzte mich. Und wie ich nun auf die Wand blühte, auf die der Schein der Laterne fiel, siehe da, was erschlickten meine vor Herblüftung weit aufgerissenen Augen? Vor mir hing fein säublich auf einem Nagel gespießt das Manuskript der „Frau Sorge“. So fehlten mir noch ein paar Blätter. Offenbar waren wir auf unserer Bummelreise auch in das Lokal geraten, ich hatte hier mein Manuskript aus der Tasche verloren, und es war einer Bestimmung zugeführt worden, die ihm fastjagen nicht an der Wiege gelungen war. Ihr könnt Euch denken, welchen Freudensprung ich machte. Welche Rolle von Zufällen war nötig gewesen, um mich mein verlorenes Manuskript wiederfinden zu lassen. Als Romanverfasser würde ich es nie wagen, etwas so Unwahrscheinliches zu schreiben.“

Sudermann hatte geschloffen, und wir lachten, daß uns die Tränen über die Wangen liefen. Sudermann war ein wunderbarer Erzähler, und ich habe die Drafik seiner Erzählung hier stark mildern müssen. Dann aber nahm uns Sudermann das Wort ab, vor seinem Tode die Geschichte nicht weiter zu erzählen. Dies Wort haben wir alle gehalten. Aber nun, da er tot ist, klinge ihm unser Nachen von damals als letztes Grüßen seiner Freunde nach. —

vollendeten Stück von Gaußern und jahren den Leuten. Aber sein Herz hält dem Ansturm nicht stand. Am 7. Februar 1904, während seine Hände unablässig die zuckenden Stöße des schwer arbeitenden Herzens mit Schlägen auf die Brust begleiten, formen seine Lippen die letzten Worte: „Das ist die Stelle, wo die Erde lebt.“

Tage darauf begleitet eine ungeheure Menschenmenge die sterblichen Reste dieses herrlichen, jäh abgebrochenen Lebens zu Grabe und setzt auf seinen Denkstein die Worte: „Ein Sohn des Volkes wolle er bleiben.“ — Sein Bild verbläht, sein Name verschwindet, aber der „Kater Lampe“ läuft über die deutschen Bühnen und verkörpert in seiner immer lebendigen Frische das Wesen dieses großen reinen Mannes. Und 25 Jahre später, am 7. Februar 1929, schreibt seine Tochter diese Zeilen, um das Bild des Vaters der Nachwelt ins Gedächtnis zurückzurufen. Marianne Rosenow.

## Was die Einstellung vermag

Daß die „Liebe Einstellung“ uns mancherlei Dinge vorgaukelt, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind, ist eine alte Tatsache. Aber wie weit eine bestimmte „seelische Einstellung“ unsere Sinneswahrnehmungen beeinflussen kann, das hat erst die moderne Psychologie durch genaue Untersuchungen gezeigt. Dr. Walter Ehrenstein, der in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“ dieses Problem behandelt, führt dafür erstaunliche Beispiele an. So hat der Würzburger Psychologe Prof. Karbe als Gerichtssachverständiger folgenden Fall zu beurteilen gehabt: „Ein Jäger war beauftragt worden, abends an einem Acker auf Wildschweine zu warten, die aus einem benachbarten Wald aufzureisen würden. Bald hörte er Geräusche wie von laufendem Schmarzwild und erkannte an der Stelle, die ihm vorher besonders bezeichnet worden war, die erwarteten Wildschweine. Als diese nicht näher kamen, schoß er auf sie, und es stellte sich heraus, daß die vermeintlichen Wildschweine zwei ährenstehende Mädchen waren, von denen er eins erschöß und das andere verletzete. Diese Sinnestäuschung war nur durch die besondere Einstellung hervorgerufen. In einem anderen Fall hatte ein Straßenbahnführer eines Abends mit seiner Frau einen ehelichen Zwiß, bei dem diese erregt davonlief. Bald hörte der Straßenbahnführer, daß eine Frau in den benachbarten Fluß gesprungen sei. Die Selbstmörderin wurde herausgezogen, und der Straßenbahnführer erkannte mit Bestimmtheit in ihr keine Frau; ebenso erkannten sie seine drei Geschwister. Tatsächlich aber fand er später seine Frau ruhig schlafend in ihrem Zimmer, und es bestand überhaupt keine Ähnlichkeit zwischen den beiden Frauen.“

Der große Psychologe Wad berichtet in seiner „Analyse der Empfindungen“ das folgende Erlebnis: „Einen Bollerstrahl, dessen Herportreten aus einem Kautschukschläuch ich erwartete, glaubte ich im halbdunklen Raum wiederholt deutlich zu sehen und erkannte den Artum erst durch Tasten mit dem Finger.“ Das Lollste auf dem Gebiet solcher Täuschungen dürfte die „Entdeckung“ sein, die der französische Physiker Blondal 1903 machte. Unter dem Eindruck der Entdeckung der Röntgenstrahlen glaubte er eine ähnliche Art von Strahlen gefunden zu haben, die dadurch sichtbar gemacht wurden, daß man geringe Mengen Schwefelkohlenstoff auf einen Schirm auftrug. Er erhielt für diese Entdeckung, die verschiedene andere Physiker bestätigten, einen Preis von 50 000 Franken. Charpentier stellte sogar fest, daß die neuen Strahlen auch als Emanation des Gehirns auftreten. Aber spätere Nachprüfungen ergaben einwandfrei, daß diese Strahlen überhaupt nicht vorhanden waren.

Den klassischen Versuch für die Wirkung der Einstellung haben die Psychologen Müller und Schumann geliefert; sie ließen mit dem rechten Arm ein Gewicht von 3000 Gramm 30mal heben und dann nach einiger Zeit ein anderes Gewicht, von dem die Versuchspersonen wußten, daß es nur 50 Gramm wog. Obwohl also die größere Leichtigkeit des zweiten Gewichtes genau bekannt war, stog das Gewicht beim Heben mit der Hand jählings in die Höhe, denn gewisse, bei dem Heben beteiligte motorische Nerven hatten durch die vorausgegangenen 30 Hebungen eines schwereren Gewichtes die Einstellung erhalten, auf alle sie betreffenden Impulse mit Anwendung einer größeren Kraft zu reagieren. Diese Macht der Einstellung hat einen ungeheuren Einfluß auf alle Fragen des Seins, ja, selbst auf die religiösen Vorstellungen. Daher kommt es, daß das eine Volk das über alles liebt, was das andere verabscheut.

## Vorgeschichtliche Schädeloperationen

Die Schädelöffnungen zu Heilzwecken, die sogenannten Trepanationen gelten für eine schwierige Operation, werden aber auch schon bei primitiven Völkern ausgeführt und sind sogar schon in vorgeschichtlicher Zeit nachzuweisen. Während diese Operationen der Gehirnchirurgie bei den heutigen primitiven Völkern ausschließlich der Heilung von Schädelknochenbrüchen und mit Krämpfen verbundenen Krankheiten dienen, scheinen sie bei den vorgeschichtlichen Menschen mit dem Zauberkult in Verbindung gestanden zu haben. Das ergibt sich aus den Trepanationen an den Schädeln zweier Steleite, die in dem bei Wien gelegenen Ort Guntramtsdorf ausgegraben wurden. Ueber die Bedeutung dieser beiden Schädel für die vorgeschichtliche Forschung spricht Dr. Friedrich Wimmer in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“. Die Gräber, aus denen die Steleite stammen, gehören der La-Tene-Zeit, etwa dem dritten vordröhrlichen Jahrhundert an. Es waren Krieger in der bekannten Hoderstellung begraben, die aber in dieser Epoche selten awitritt; sie waren in voller Bewaffnung mit Speer, Schwert und Schild befestigt worden. Die Trepanationen, die sich an zwei Schädeln finden, sind in ihrer Art ganz einzig dastehend; sie sind zweifach trepaniert, auf der einen Seite befindet sich ein 1,5 Zentimeter breites Loch, auf der anderen eine bedeutend größere Öffnung, die bei dem einen Schädel flechtblattförmig, beim anderen fünf- bis sechs-lappig ist. Die Verheilung des Knochens bei der freisförmigen Öffnung zeigt, daß die Trepanation bei lebendigem Leibe gemacht wurde und ihr Träger noch eine Reihe von Jahren danach lebte; die größeren Trepanationen müssen aber kurz vor dem Tode vorgenommen worden sein. Die komplizierte Form dieser größeren Öffnungen legt die Annahme nahe, daß es sich hier um einen magischen Kaut handelte, und dafür spricht auch der Umstand, daß die Abfälle solcher Trepanationen, kleine runde Scheiben, von den vorgeschichtlichen Menschen durchlöcher an Halsketten getragen wurden, wohl um böse Dämonen abzuwehren. Die Guntramtsdorfer Funde verbreiten auch Licht über die technische Durchführung dieser vorgeschichtlichen Schädeloperationen; sie wiesen mit einem zirkelförmigen Instrument ausgeführt worden sein, dessen Spitze an den Knochen angelegt wurde.

## Zum Gedächtnis Emil Rosenows

Am 9. März 1871 wird in Köln, der buntenbewegten Stadt des rheinischen Frohfrühs, ein Mensch geboren wie jeder andere, Sohn eines Schuhmacherehepaars in wohlgeordneten Verhältnissen. Dieser Mensch wächst heran wie jeder andere, umhüllt von Geschwistern, wohlgeborgen im Schoße des Familienlebens, er besucht eine der besten Mittelschulen Kölns und hebt sich aus seiner bürgerlichen Sphäre nur dadurch hervor, daß er von außerordentlich hohem Wuchs ist, über einen klaren, lebendig anschaulichen Verstand verfügt und durch seine allzeit warmen, frisch fröhlichen Wesen die Sympathien seiner Mitwelt gewinnt.

Da greift in diese ruhige Entwicklung das Schicksal, läßt den Vater erkranken, erblinden, sterben. Was Wohlstand und Selbstverständlichkeit war, wird Not um den täglichen Bedarf und Sorge um die Gestaltung des Lebens. Was Segen war, wird jetzt Last: die Kinder. Was tragender Mittelpunkt der Familie war, die gültige Zartheit der Mutter, wird nun Sorge um ihre Gesundheit. Emil Rosenow muß jetzt die Volksschule besuchen, er ist damals 10 Jahre alt. Herausgerissen aus der warmen Atmosphäre seines bisherigen Lebens, hineingestellt in Not und Leid der Gedrückten, Verbitterten, frühreif, intuitiv erfassend, was norgeht, so durchlebte er vier Jahre. Er bildet in dieser Zeit in seinem Herzen eine tiefe, unerschütterliche Liebe zu den Menschen aus. Mit 16 Jahren erfährt er das entscheidende Erlebnis. Alles war in ihm: Kraft, Gewandtheit, Liebe, Humor, Klugheit, Begabung reicher Art — nun kam die Richtung, in der sich dieser Geist entwickeln sollte.

Ueber noch schlummerte das alles, was nicht aufgebrochen. Da kommt das Schicksal zum zweitenmal, läßt die Mutter sterben und stellt den vierzehnjährigen Emil isoliert hinaus ins Leben, in körperliche Entbehrungen, Leiden, in Berufs- und Entwicklungsfragen. Er lebt unter Fremden. Nun brechen alle Möglichkeiten aus ihm heraus. Er lernt, was und wo er lernen kann. Seine geistigen Interessen entscheiden seine Entwicklung, er wird Buchhändlerlehrling. Viele Kessambände sind in seinem Besitz, er lernt Sprachen, Naturwissenschaften, Geschichte, Religion. Mit 18 Jahren gibt er den „Kölnner Humorist“ heraus, eine wöchentlich erscheinende Zeitschrift, bei der er fast völlig allein Verfasser, Drucker und Verkäufer ist. Er schreibt seine ersten Gedichte und Romane, er bildet sich unermüdet und hat sich bald eine angesehenere Stellung in einem größeren Buchhause erarbeitet. Aber nun kommt das Entscheidende seines Lebens. Es geht ihm sehr gut, aber er weiß von vielen, denen es schlecht geht. Er hat die Räte der Gedrückten nicht nur bei den Kameraden der Volksschule mitempfunden, er hat sie an eigenen Leibe erlebt. Er weiß, wie hoch der Hunger tut, wie schmerzhaft körperliche Züchtigungen sind, er kennt die Qual der Heimatslosen, Verstoßenen. Er fühlt, wie schwer es ist, umhüllt hütterster Not und mühseliger Arbeit ein freier, tapferer Mensch zu sein; er erkennt, mitleidig Verbitterung, Haß und Verbrechen befestigt

werden könnte, wenn man materielle und geistige Hilfe in die engen Stuben der Armut brächte. Er wird Sozialist aus Liebe.

Alle Entwicklungsstadien seines späteren Lebens sind klar begründet in diesem entscheidenden Erlebnis. Er wird Mitarbeiter einer sozialistischen Zeitung, man stellt ihn vor die Alternative: Bandenleiter oder Sozialist, er hat nur eine Entscheidung: die für die Wee. Er verzichtet auf seine aussichtsreiche Laufbahn, wird Redakteur, schreibt Artikel, Romane, einen Roman und sein erstes Bühnenstück, den Einakter „Daheim“. Er ist lebenswürdig, heiter, kein Fanatiker, geachtet und geachtet, wohin er kommt. Sein Tätigkeitsfeld erweitert sich, er geht nach Chemnitz an eine Zeitung, behält die Arbeit an der Dormunder Zeitung bei, und entwickelt sich stetig und sicher. 1898 wählt man ihn in den Reichstag als jüngsten deutschen Abgeordneten. Sein Bezirk ist das sächsische Erzgebirge. Hier in den Häusern der Gebirgs, im Herzen dieser schlichten, naturnahen Menschen, unter Waldarbeitern und Epistolarenschültern, findet er seine neue Heimat. Hier hält er seine Reden. Laufende vertrauen ihm, glauben an ihn.

Mit seiner jungen Frau zieht er nach Dortmund, die Arbeit an der dortigen Zeitung erfordert seine Nähe. Hier begegnet ihm das Anliß des Volkes in anderer Gestalt. Es entsteht das Drama „Die im Schatten leben“. Kein Fanatismus, kein Haß ist darin zu spüren, er sieht und erlebt die Räte dieser Männer, die in dumpfen Schächten der Erde, ohne Sonne ihr Leben in kurzen Jahren abtun, Kohlen graben und ständig mit dem Tode kämpfen. Er fühlt die Angst und Sorge der Frauen, die nicht nur den geliebten Menschen, sondern auch den Ernährer zu Grabe tragen, wenn das Schicksal pocht. Licht und Schatten sind gleichmäßig verteilt und über allem steht als höchster Wert die Sehnsucht nach dem lebendigen, pulsierenden Leben.

Immer mehr kristallisiert sich nun seine Arbeit nach Berlin; er wohnt dort, ist einer der begehrtesten Redner, arbeitet im Reichstag und schreibt nebenher in Nachmittagsstunden, ohne Konzept, eine der schönsten deutschen Komödien: „Kater Lampe“. Die Welt des Erzgebirges wird hier wieder lebendig, mit köstlichem Humor sind alle diese Typen gezeichnet, seine Finanzierung besetzt die keinen Schornstein des alltäglichen Lebens.

Nun steht Emil Rosenow auf der Höhe seines Seins. Getragen von der Sympathie der Menschen, erfüllt von unermüdlicher Tatkraft, geliebt von Frau und Kind im eigenen Heim, sonst er sich im Glücke seines ersten großen Erfolges, der Ausfühung des „Kater Lampe“. Vor ihm liegt ausgebreitet das Leben, liegen ernste Arbeitsgebiete, liegen die Hoffnungen schriftstellerischer Größe.

Da packt ihn ein Gelenkrheumatismus und wirft ihn auf ein kurzes schmerzliches Krankenlager. Zwischen Schmerzanfällen und morphiumbeizubtem Schlaf arbeiten seine Gedanken an seinem un-



# Abwehr öffentlicher Werke.

Zum Kampf der Privatwirtschaft gegen die öffentlichen Unternehmungen.

Die Notwendigkeit der Steuererhöhung beim Reich hat den Kampf des Privatkapitals gegen die öffentlichen Unternehmungen verschärft. In der Hauptsache wird die Befreiung der noch bestehenden teilweisen Steuerfreiheit öffentlicher Unternehmungen verlangt in der absolut utopischen Hoffnung, es könne dadurch das Reich im Reichshaushalt weitgehend geschlossen werden. Wir werden auf die grundsätzliche und auf die praktische Seite dieser Dinge bald ausführlich zurückkommen.

Für den Augenblick ist eine Entschliebung wichtig, die von der Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke (Kle) vor vierzehn Tagen beschlossen und jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Der „Kle“ sind 150 große öffentliche Elektrizitätswerke angeschlossen, die mit einer Stromabgabe von 4,25 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1927/28 über vier Fünftel der gesamten Stromabgabe aller kommunalen Elektrizitätswerke und mehr als ein Drittel aller deutschen Kraftwerksunternehmungen erfassen. Von den Mitgliedswerten der „Kle“ werden 11 600 Städte und Gemeinden Deutschlands mit elektrischer Kraft versorgt, deren Einwohnerzahl ein Drittel der gesamten deutschen Bevölkerung umfaßt.

Die Entschliebung betont, daß die Tarifpolitik der kommunalen Elektrizitätswerke sich in durchaus gesunden Bahnen bewege. Die heute gültigen Stromverkaufspreise seien in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle nicht höher als die Vorkriegspreise, in vielen Fällen sogar niedriger.

Die allein vergleichbaren Kleinverkaufspreise seien bei 108 genau untersuchten Mitgliedswerten der „Kle“ um durchschnittlich rund 17 Proz. niedriger, als sie von privaten und gemischtwirtschaftlichen Werken nach deren eigenen Angaben erhoben werden. Die Kleinverkaufspreise der letzteren seien sogar noch um durchschnittlich fünf Prozent höher, als es durch die Höhe ihrer Gesamtbesteuerung bedingt wäre.

Wenn einzelne kommunale Werke Kleinverkaufspreise erheben, die zwar auch noch auf der Vorkriegshöhe, jedoch über dem heutigen Durchschnitt liegen, so sei dies nicht die Folge einer schlechten Wirtschaftsführung, sondern durch Beschlüsse der betreffenden Kommunalverwaltungen bedingt, die auf diese Weise den notwendigen Ausgleich ihres kommunalen Haushalts herbeiführen. Die steuerliche Befreiung der kommunalen Versorgungsbetriebe von der Körperschaftsteuer und einem Teil der Umsatzsteuer kommen ausschließlich der Verbraucherschicht zugute und dienen damit der Gesamtwirtschaft. Die Aufhebung der steuerlichen Befreiung würde zu einer Erhöhung der Tarife oder der kommunalen Realsteuern führen müssen und damit die gesamte Verbraucherschicht bis hin zum größten Industriebetrieb belasten. Die gemeinnützige Arbeit in wirtschaftlich vielfach ungünstigeren Versorgungsgebieten sei eine Belastung nur der öffentlichen Unternehmungen. Die steuerliche Befreiung sei vollwertig durchzuführen durchgängig und müsse erhalten bleiben. Die seitens der Privatwerke betriebene Agitation beruhe auf dem Bestreben, die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zurückzuführen und sich somit als möglich an deren Stelle zu setzen. Soweit der Inhalt der Entschliebung.

Die Abwehr der heute mit besonderer Energie verfolgten Ansprüche des Privatkapitals durch die deutsche Öffentlichkeit ist im Interesse der Gesamtwirtschaft eine dringende Notwendigkeit, für die noch viel zu geschehen hat. Ein Punkt in den Ausführungen der Entschliebung der „Kle“ verdient aber besondere Beachtung. Es mag sein, daß sich die Kommunalverwaltungen sehr oft nicht anders zu helfen wissen, um den städtischen Haushalt zum Ausgleich zu bringen, als durch Erhöhung der Abgaben, die vor der Errichtung des Reingewinnes und über den Reingewinn hinaus von öffentlichen Unternehmungen vielfach an die Kommunalverwaltungen hinweg abgeführt werden müssen. Es ist begreiflich, daß manche öffentliche Verwaltung zur Umgehung politischer Schwierigkeiten diesen bequemsten Weg der Einnahmevermehrung gehen. Aber auf der anderen Seite kann kein Zweifel darüber sein, daß die Vermeidung politischer Schwierigkeiten bei der Deckung des Ausgabenbedarfs die öffentliche Unternehmungsverwaltung in ihrer inneren Sanftmütigkeit, in ihrer kaufmännischen Sorgfalt auch hinsichtlich der Vorzüge für richtige Abschreibungen und zwecklose Erneuerungen, in der Pflicht zu einer möglichst billigen Tarifpolitik vielfach behindert. Das Ergebnis ist sehr oft ein Stumpfsinn, der mindestens nicht so niedrig ist, als er sein könnte, und gleichzeitig eine Verfallung der Steuerpolitik zugunsten leistungsfähigerer Schultern, die trotz der ihnen steuerlich zugesprochenen Vorteile dann nicht genügend schreien können. Die Abwehr der öffentlichen Unternehmungen gegen die Angriffe des Privatkapitals würde an Schlagkraft außerordentlich gewinnen, wenn hinsichtlich der kommunalen Steuerpolitik, mo unvermeidliche Steuererhöhungen auf die Werttarife abgemildert werden, größere Märkte geschaffen werden würde. Es darf nicht sein, daß das Privatkapital deshalb, weil es steuerlich geschont wird, daraus noch eine Waffe gegen öffentliche Unternehmungen schmieden kann.

## Konsum wieder 1/3 mehr Umsatz.

Mitgliedersystem wie noch nie.

Der erste Monat des Jahres 1929 brachte der Berliner Konsumgenossenschaft einen Zustrom neuer Mitglieder, wie er in diesem Ausmaß noch niemals zu verzeichnen war. 3636 Familien erklärten ihren Eintritt in die Konsumgenossenschaft; der Mitgliederbestand erhöhte sich dadurch auf 163 177. Die Zahl der seit dem 1. Juli 1928, dem Beginn des neuen Geschäftsjahres, nachgezogenen Aufnahmen beträgt nicht weniger als 18 985. In sieben Monaten ein um 12 Prozent erhöhter Mitgliederbestand; diese Tatsache spiegelt ein Vertrauen der arbeitenden Massen wieder, auf das die RSB stolz sein darf.

Der Umsatz im Monat Januar betrug 5 361 810,25 Mark. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres (4 049 091,77 Mark) ergibt sich eine Steigerung um 32 Prozent! Wie in den vorhergehenden Monaten marschiert an der Spitze mit 146,4 Prozent Umsatzsteigerung auch im Januar die Warenhausabteilung. Die Spezial-Beischabgabestellen steigerten ihren Umsatz um 101,7 Prozent.

In der Konsumgenossenschaftlichen Sportklasse vermehrte sich der Mitgliedsbestand um 1 195 870,52 Mark auf 31 611 675,63 Mark. Den Einzählungen im Betrage von 1 746 992,81 Mark standen 551 622,49 Mark Auszahlungen gegenüber.

# Steuern im Massenhaushalt.

Ausrechnung nach einer Hamburger Haushaltungsstatistik.

Die Verteilung der Steuerlast, insbesondere die Wirkung der direkten und indirekten Steuern, war schon von jeher eine der Fragen, für die die Wissenschaft keine Lösung hatte. Die Lösung war unmöglich, weil eine Einzelhaushaltsstatistik fehlte, die allein das Material liefern kann. Diese fehlt auch heute noch. (Wann wird das Statistische Reichsamts seine neuesten Erhebungen wohl veröffentlichen?) Die wenigen Inhaltsstoffe, die aber vorhanden sind, müssen dabei um so mehr ausgegipst werden. Folgende Ausrechnung, die natürlich auch nur Annäherungswerte geben kann, dürfte daher auf allgemeines Interesse stoßen.

Die Grundlage dieser Kalkulationen bilden 377 Privathaushaltsrechnungen, die in Hamburg 1925 und 1926 vom Hamburger Statistischen Landesamt erhoben worden sind. (77 Haushaltsrechnungen stammen aus dem Jahre 1925, 300 aus dem Jahre 1926.) Eine Haushaltung umfaßt im Durchschnitt 1925 3,73 Personen und 1926 3,56 Personen (an „Solopersonen“ 1925 3,51, 1926 3,20). Was die Berufe anbelangt, so waren 1925 86,25 Proz. der Haushaltungsvorstände Arbeiter und 13,75 Proz. kaufmännische und sonstige Angestellte und Beamte; entsprechend 1926 48,67 Proz. Arbeiter und 51,33 Proz. kaufmännische und sonstige Angestellte, Lehrer und Beamte.

### Die ermittelte Steuerbelastung beträgt:

Hamburg 1925 (77 Haushaltsrechnungen)			Hamburg 1926 (300 Haushaltsrechnungen)		
Einkommensklassen in M.	Steuerbelastung in M. abolut	in % d. Einkommens	Einkommensklassen in M.	Steuerbelastung in M. abolut	in % d. Einkommens
bis 2400	8,40 %	151,—	bis 2500	6,20 %	132,—
2400—3000	(4,30 + 4,10) 7,50 %	202,—	2500—3000	(2,55 + 3,65) 6,85 %	183,—
3000—3600	(3,80 + 3,70) 8,00 %	237,—	3000—3500	(3,35 + 3,50) 6,60 %	215,—
3600—4200	(4,10 + 3,90) 7,20 %	284,—	3500—4000	(3,50 + 3,10) 6,00 %	244,—
4200—4800	(4,10 + 3,10) 6,65 %	306,—	4000—4500	(3,30 + 3,10) 6,50 %	277,—
4800—5400	(4,25 + 2,60) 7,05 %	352,—	4500—5000	(3,25 + 2,55) 7,35 %	342,—
5400—6000	(4,15 + 2,90) —	—	5000—6000	(3,25 + 2,10) 7,40 %	408,—
6000—7200	9,00 % (7,80 + 1,20)	563,—	6000—7000	(5,65 + 1,75) 7,20 %	466,—
7200—8400	—	—	über 7000	(5,30 + 1,90) 7,20 %	597,—
				(5,50 + 1,70)	

Wir sehen, daß für 1925 die erfaßten Einkommensklassen von unter 2400 bis 7200 M. reichen und für 1926 von unter 2500 bis etwas über 7000 M. (jährliche Einkommen). Es handelt sich also hier

nur um untere und mittlere Einkommen, deren Steuerbelastung untersucht wurde. In unserer Berechnung wurden einbezogen:

1. Die direkten Steuern, die in den bezogenen Haushaltungen ganz überwiegend aus der Einkommensteuer bestehen.  
2. Die indirekten Steuern, die sich aus den indirekten Steuern (d. h. zumeist aus Zöllen und u. U. Verbrauchssteuern) auf Getreide, Fleisch, Fett, Schmalz, Margarine, Butter, Käse, Eier, Kaffee, Kakao, Tee, Tabak, Zigarren usw. und Zucker zusammensetzen.

In unserer Tabelle haben wir die Gesamtsteuerbelastung im Verhältnis zum Gesamteinkommen angegeben. Unter dieser Ziffer stehen jeweils in Klammern zuerst die direkten, dann die indirekten Steuern. Wir haben in ganzen immer nur Mindestsätze eingestellt. Mangels Material konnten die Belastungssätze für alkoholische Getränke nicht ermittelt werden.

Es ist auffallend, daß in den verschiedenen Einkommensklassen die Gesamtsteuerbelastung nicht erheblich differiert. Es tritt mit steigendem Einkommen in der relativen Gesamtsteuerbelastung der Haushaltsrechnungen von 1925 erst von den Einkommen von 4500 M. an eine Steuerprogression ein, während von 2400 bis 4800 M. gegenüber der untersten Einkommensklasse nicht nur keine Progression, sondern sogar ein Sinken der relativen Steuerleistungen zu beobachten ist.

1926 erhöhen sich die Leistungsquoten bei steigendem Einkommen nur wenig. Sie steigen mit größer werdendem Einkommen mit Unterbrechungen nur in kleinem Ausmaß an, so daß die Empfänger der hier höchsten Einkommen (über 7000 M.) nur 1 Proz. ihres Einkommens mehr für Steuern aufwenden müssen als die untersten Einkommensempfänger.

Die Ursache dieser eigentümlichen Lastenverteilung liegt in der umgekehrten progressiven Belastung der verschiedenen Einkommensklassen durch die Verbrauchssteuern und Zölle, die die Progression der direkten Steuern in starkem Maße hemmt. 1925 beläuft sich die Progression der direkten Steuern auf 4,90 Proz. für die untersten Einkommen auf 7,80 Proz. für die obersten Einkommen; die umgekehrte Progression der indirekten Steuern aber von 4,10 Proz. für die untersten Einkommen auf nur 1,20 Proz. für die obersten Einkommen. 1926 beträgt die Belastung für direkte Steuern für die untersten Einkommen 2,55 Proz. für die obersten 5,50 Proz.; die für indirekte Steuern aber für die untersten Einkommen 3,65 Proz. und für die obersten Einkommen nur 1,70 Proz.

Die absoluten Gesamtsteuerleistungen steigen selbstverständlich mit wachsendem Einkommen, und zwar 1925 von 181 M. für die untersten Einkommen auf 563 M. für die obersten Einkommen; 1926 entsprechend von 132 M. auf 597 M.

Wenn wir die Steuern auf alkoholische Getränke hätten einbezogen können, so hätte sich wahrscheinlich die umgekehrte progressive Wirkung der indirekten Steuern noch verstärkt. Das gleiche ist von der Umsatzsteuer zu sagen, die aus technischen Gründen auch nicht berücksichtigt werden konnte. S. u.

## Glanzabschluß des Phototruffs.

Reingewinn fast verdreifacht. Verdoppelte Rückstellungen.

Die Zeit-Icon A.-G. in Dresden, die im Herbst 1926 aus der Verdrückung der vier stärksten phototechnischen Unternehmungen in Deutschland entstand, hat bei den letzten beiden Jahresabschlüssen eine sehr vorzügliche Bilanzpolitik getrieben. Die Gewinne wurden, ohne daß eine Dividende zur Verteilung kam, zu Abschreibungen auf die umgestellten Betriebe oder zu Rückstellungen verwendet.

Das Betriebsjahr 1928 hat dem Unternehmen jedoch derartige Gewinne gebracht, daß nicht nur die Abschreibungen und Gewinnrückstellungen von 0,51 auf 1,12 Millionen Mark verdoppelt werden konnten, sondern darüber hinaus noch ein Reingewinn von fast 1,2 Millionen erzielt wurde, der die Gewinne des letzten Jahres nahezu um das Dreifache übertrifft. Vom Reingewinn werden auf das Aktienkapital von 15 Millionen erstmalig 6 Proz. Dividende ausgeschüttet und trotz der bereits vorgenommenen Rückstellungen noch weitere 140 000 Mark in die Reserven gesteckt. Nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes und der Bilanz kommen wir auf die Einzelheiten des Abschlusses noch zurück.

## Der Arbeitsmarkt im Reich.

Der Frost verschlechtert noch — Verschiedentlich leichte Besserung.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter kam in der Berichtswochen vom 28. Januar bis 2. Februar 1929 das Abflauen des Beschäftigungsgrades noch nicht zum Stillstand; erneuter scharfer Frost und starke Schneefälle behinderten die Vuhnarbeiten immer mehr. Obgleich also in den Saisonberufen die Arbeitslosigkeit noch weiter anstieg, zeigte sich dennoch in einigen Arbeitsamtsbezirken (so in Hamburg, Kiel und Lübeck, in Stettin, den Arbeitsamtsbezirken des westfälischen Industriegebiets) eine leichte Aufwärtsbewegung durch. Ob es sich nur um eine schwache Augenblicksbesserung handelt oder um eine Reaktionserscheinung nach den schweren Arbeitstämpfen in der Metallindustrie oder ob sich vielfach ein gewisser Umschwung ankündigt, muß dahingestellt bleiben. Auffallend ist allerdings ein verhältnismäßig starkes Ansteigen der Hauptunterstützungsempfänger in Südwestdeutschland.

## Maschinen-Großunternehmen saniert.

Die Kapitalzusammenlegung bei Hartmann-Chemnitz.

Die schlesische Maschinenfabrik norm. Richard Hartmann A.-G. in Chemnitz war schon in der Vorkriegszeit das angesehenste und bedeutendste Maschinenunternehmen des Freistaates Sachsen. Nach der Scheiterte in den Inflationsjahren ging es jedoch mit diesem Unternehmen schnell bergab. Die Verwaltung hatte es nicht verstanden, den seit Jahren fast gänzlich beschäftigungslosen Solomatinau sowie die durch Konjunkturschwäche

beschäftigten Werkzeugmaschinenbetriebe rechtzeitig umzuwandeln, so daß die Verluste der Gesellschaft sich von Jahr zu Jahr steigerten. Wohl hatte die Direktion seit etwa anderthalb Jahren die technische Rationalisierung der Betriebe eingeleitet, die finanzielle Sanierung des Unternehmens dagegen so lange hinausgezögert, bis dieses größte Wert des sächsischen Freistaates dicht vor dem Ruin stand. Als die Verwaltung endlich vor einigen Monaten ihren Sanierungsplan veröffentlichte, waren die Bankschulden bereits auf mehr als 15 Millionen angewachsen, und der Gesamtverlust hatte bereits die Sieben-Millionen-Grenze überschritten.

Die Sanierungsmaßnahmen der Verwaltung, die auf der letzten Generalversammlung im Dezember 1928 abgelehnt wurden, sind bekannt. Das Aktienkapital von 15 Millionen Mark sollte in einem Verhältnis von 6:1 auf 3 Millionen zusammengelegt und zur Beschaffung neuer Betriebsmittel auf 11 Millionen wieder heraufgesetzt werden. Zu gleicher Zeit sollte der Solomatinau an Schwarzkopff-Berlin gegen eine Barantischädigung abgetreten werden.

Da die Verwaltung im Dezember vorigen Jahres ihre Vorschläge mit der nötigen Dreiviertelmehrheit in der Generalversammlung nicht durchsetzen konnte, mußte eine neue Aktionärerversammlung einberufen werden. Das Ergebnis dieser Generalversammlung, die gestern in Chemnitz stattfand, ist, daß die Sanierungsmaßnahmen die notwendige Mehrheit fanden, und der scharfe Kapitalschnitt angenommen wurde.

Daß die Sanierungsaktion bei dieser Gesellschaft, wenn auch viel zu spät durchgeführt wird, ist im Interesse der Belegschaft, die in guten Zeiten weit über 8000 Mann betrug, und auch jetzt noch weit mehr als 5000 Mann beträgt, zu begrüßen. Das Unternehmen ist nach dem vorliegenden Auftragsbestand zu urteilen befriedigend beschäftigt und mit der jetzt vollzogenen Sanierung ist die Möglichkeit gegeben, das Werk wieder auf eine rentable Basis zu stellen und die Existenz der Stammbelegschaft zu sichern.

Der schwedische Säbholztruff in Rumänien. Die Auffassungspolitik des Schwedenriffs kennt keine Grenzen. Nachdem er erst im letzten Jahre in Südamerika und in Europa in Lettland und Jugoslawien sich neue Monopole verschafft hat, ist es ihm jetzt gelungen, sich in Rumänien das Fabrikationsmonopol und den alleinigen Verkauf von Säbholzern auf 30 Jahre zu sichern. Der Truff garantiert der rumänischen Regierung eine jährliche Mindesteinnahme von 12 Millionen Mark.

## Aufspringen der Hände

und des Gefächts, Schmerzhaftes Brennen, leichte Nils und Juckreiz der Haut werden beseitigt und amorph durch die mundernell kühlende, reizmildernde Creme-Leodor. Gleichzeitg hervordrückt kosmetische Unterlage für Puder, Tube 60 H. und 1 Hl. erhältlich in allen Parfümerie-Verkaufsstellen. Probebuche gratis bei Einleitung dieses Inzerates durch Leo-Merck A.-G. Dresden-R. 6 Gr. 48

**ENVER BEV GOLD 5** Gutscheine liegen bei!  
ist die beste **5** Zigarette







